

Preis: 10 Pf. Einzelnummer 15 Pf.
Durch die Post bezogen: 20 Pf.
Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile und Tag.
Abonnementspreis: 100 Pf. pro Jahr.
Schluss der Anzeigenannahme: 18 Uhr.
In den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzerstraße 50, Telefon 500 89.
Polische Post: Breslau 544, Redaktion: Breslau, Kreuzerstraße 50, Telefon 239 02.
Sprechzeit der Redaktion von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr.
Filial-Expeditionen: Leipzig, Wilhelmstraße 26, Telefon 4085; Berlin: Runtz 6, Telefon 2394.
Geschäftszeit: von 8-19 Uhr.
Verlag: Schiefelbusch, Verlagsgesellschaft m.B.H., Breslau.
Druck: „Neubau“-Berlin, Fil. Breslau, Kreuzerstr. 50.

Ruhr-Auslieferung wird fortgesetzt!

Duisburger Arbeitsgericht bestätigt den Hungerstreik — Der Schlichter diktiert lange Arbeitszeit, keine Lohnerhöhung, langfristige Tarife — Arbeiter, organisiert die Abwehr!

II. Duisburg, 24. November. Nach zweieinhalbstündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende des Landesarbeitsgerichts Duisburg folgendes Urteil:
„Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg dahin abgeändert: Die Klage wird auf Kosten der Kläger zurückgewiesen. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf eine Million Reichsmark festgesetzt.“

III. Düsseldorf, 24. November. Nachdem das Landesarbeitsgericht Duisburg in der Berufungsinstanz die Klage des Arbeitgeberverbandes Nord-West abgewiesen hat, wird, wie die II. erfährt, von dieser Seite das Reichsarbeitsgericht angerufen werden. Von Arbeitgeberseite wird erneut betont, daß es sich für den Arbeitgeberverband Nord-West in dem gegenwärtigen Streit nicht um einen rechtlichen, sondern in der Hauptsache um einen wirtschaftlichen Kampf handle, der durch den Ausgang des Rechtsstreites nur unwesentlich beeinflusst werde.

Unabhängig vom Ausgang der Berufungsverhandlung vor dem Duisburger Landesarbeitsgericht werden entsprechend der Vereinbarung vom letzten Dienstag die Verhandlungen bei dem Düsseldorf'schen Regierungspräsidenten zur Beilegung des Eisenstreites voraussichtlich am Montag fortgeführt werden. Eine amtliche Einladung des Regierungspräsidenten liegt allerdings zurzeit noch bei keiner der Parteien vor.

Der Spruch des bürgerlichen Landesarbeitsgerichts ist nichts weiter als ein Hilfsmittel für die Abwürgungsaktion, die im Geheimkabinett des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergmann fortgeführt wird. Das Arbeitsgericht, das äußerlich die Unternehmerklage „zurückweist“, dient auf die wirksamste Art den Unternehmerinteressen. Es prellt die ausgeperrten Arbeitermassen im doppelten Sinne: einerseits bestätigt es den Hungerstreik, andererseits gibt es den Hüttenbaronen die beste Möglichkeit, die Fortsetzung der Auslieferungsoffensive durch den Appell an das Reichsarbeitsgericht zu begründen. Die Reformisten aber können weiterhin den gewaltigen Klassenkampf an der Ruhr zu einer „Rechtsfrage“ erklären, um die Hüttenarbeiter zu lähmen, zu knebeln und sie den Schatzmachern bedingungslos auszuliefern.

Die Antwort der Arbeiterschaft auf das Duisburger Gerichtsurteil muß lauten:
Verstärkte Fortsetzung des Kampfes für die alten Forderungen!
Die Arbeiterschaft ganz Deutschlands muß ihre Unterstützungsfaktion für die Ruhrkämpfer verstärken. Sie muß Geld für die Ausgesperrten sammeln. Sie muß darüber hinaus Kräfte sammeln und den Kampf um eigene Lohn- und Arbeitszeitforderungen eröffnen, um den Hüttenarbeitern aktive Hilfe zu leisten.
Es lebe der proletarische Durchbruchskampf gegen Unternehmertum, Staatsgewalt und Reformismus!

Unternehmer drohen mit Lohnabbau

Hannover, 26. November. (Eig. Drahtf.) Der Verband hannoverscher Metallindustrieller hat das Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt. Auch hier wird zur Begründung dieselbe Erklärung abgegeben wie im Reich, daß eigentlich eine Lohnherabsetzung erfolgen müsse, die Unternehmer aber bereit (1) seien, den jetzigen Lohnstand beizubehalten, wenn das neue Lohnabkommen eine langfristige Laufdauer habe.
Wenn die Drohung der Unternehmer mit Lohnherabsetzung auch bei den Gewerkschaftsführern ihre Wirkung tut mag die Arbeiter haben in ihrem eigenen Interesse die Pflicht, Lohnherabsetzungen zu fordern und durchzutampfen.

Wissell diktiert unbegrenzte Arbeitszeit

Greif, 26. November. (Eig. Drahtf.) Die Einigungsverhandlungen in der sächsischen und thüringischen Textilindustrie über den Lohn und die Arbeitszeit sind gestern abend ergebnislos abgebrochen worden. Neue Verhandlungen finden am Montag statt.
Der Reichsarbeitsminister Wissell hat den Schiedsspruch über die Arbeitszeit für die sächsische Textilindustrie für verbindlich erklärt. Der Schiedsspruch ist ein Lohn auf den Achtstundentag und legt eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 51 Stunden fest. Weitere Überstunden bedürfen der Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung, die für den Fall, daß sie verlangt wird, durch eine Entschädigung ersetzt werden kann. Die angeordneten Überstunden sind bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses zu leisten. Das Abkommen kann erstmalig am 31. Januar 1930 gekündigt werden.

Von der kleinen Kommission zur Großen Koalition

a. Die Presse der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten bereitet die Große Koalition vor. Die sozialdemokratische Presse stimmt dem Plan der Regierung der Großen Koalition entgegen begeistert zu oder, wenn es sich um die „linken“ Phrasen handelt, schließt sie ohne Widerstand die Koalition und vertritt die unzufriedenen und erbitterten oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter mit der Versicherung, daß die Große Koalition auch nur ein Experiment sei. Erweist sie sich nicht als vorteilhaft für die Arbeiterschaft, so müsse man sie eben liquidieren, dann müsse die SPD. wieder „in Opposition gehen“.
Die bürgerlichen Parteien und die SPD. treten an die Bildung der Großen Koalition in Wirklichkeit mit ganz anderen Absichten heran. Sie sind sich einig darüber, daß die Koalition nur dann einen Sinn hat, wenn sie auf festen Vereinbarungen beruht, auf lange Sicht eingestell ist, eine dauerhafte Zusammenarbeit ermöglicht. So lauten die Ausdrücke in den Artikeln, die jetzt in der „Kommunisten“ in der hiesigen Presse erscheinen.

Die Lassendebatten über die Koalition sind im Grunde die Koalition eingestell. Sie müssen die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter durch die Koalitionspolitik preisgegeben werden. Die allgemeine Erkenntnis genügt nicht. Worauf es ankommt, das ist der Charakter der Großen Koalition heute nach dem Vanzekreuzerverrat der SPD. in der jetzigen Situation inmitten der gewaltigen Wirtschaftskämpfe des Proletariats. Diesen Charakter gilt es zu erkennen. Viele sozialdemokratische Arbeiter, Millionen sozialdemokratischer Wähler, die die Koalitionspolitik der SPD.-Führung nur widerwillig und oft zähneknirschend hinnehmen, denken sich dabei, daß die jetzige Koalition wirklich nur ein Experiment wie viele andere sei und daß die Zeit bald kommen werde, wo sich der Fehler des Experimentes so klar herausstellt, daß die SPD.-Führer selbst ihm ein Ende bereiten werden.

Die Arbeiter, die so denken, haben nicht erkannt, daß diese Koalition, die jetzt geschmiedet werden soll, kein Experiment, sondern ein Bündnis ist, das die Partner, Trustkapital und Reformisten, mit vollem Bewußtsein aller Konsequenzen in klarer Erkenntnis der ganzen Bedeutung der Großen Koalition eingehen. Es ist kein Zufall, daß die Volkspartei die klarste und konsequenteste Vertretung der Trustbourgeoisie, nur eine Koalition auf lange Sicht mitmachen will. Es ist kein Zufall, daß Severing erklärt, wenn Große Koalition, dann bis zum Ende dieser Legislaturperiode. Es ist auch kein Zufall, daß die Vorbereitungen zum Umwandlung des jetzigen Kabinetts der Röhse in die offene Große Koalition so lange dauert.

Es geht um Ganze! Es geht um die Schaffung eines solchen Instruments der Kriegsvorbereitungen, das für die ganze Zeit der entscheidenden nächsten Jahre von dem imperialistischen Großkapital fest beherrscht werden soll. Es geht darum, eine solche Regierung zu bilden, deren Gesetze durch die Empörung der aus ihren Illusionen erwachenden sozialdemokratischen Arbeitermassen nicht mehr erschüttert werden kann. Es geht vor allem um eine Koalition, die die Wirtschaftskämpfe nicht mehr für Monate, nicht mehr für ein Jahr, sondern für Jahre hinaus, nicht nur in jedem Einzelfall, sondern im Prinzip abwürgen, den Wirtschaftsfrieden, d. h. die Erdrosselung des Klassenkampfes für Jahre hinaus sichern soll. Man will den berüchtigten „Mondismus“, d. h. den arbeitgemeinschaftlich-wirtschaftsfriedlichen Pakt, die wirtschaftsfriedliche Ideologie nach Deutschland verpflanzen.

Ein Artikel des Direktors der Demag, Stahl, in der „Kölnischen Zeitung“ vom 22. November bringt Enthüllungen über die Düsseldorf'schen Verhandlungen der kleinen Kommission, die eine volle Bestätigung dieser Pläne enthalten. Man betrachtete die Wirtschaftsfragen von einer „hohen Warte“ aus, man ging nicht von den gegensätzlichen, sondern von den „gemeinsamen Interessen“ der Unternehmer und Arbeiter aus, man machte Politik „auf lange Sicht“ und die Gewerkschaften zeigten „Verständnis für die Wirtschaft“.

Die kleine Kommission, die den Düsseldorf'schen Pakt ausgearbeitet hat, diese kleine Kommission ist die Große Koalition. In der personellen Zusammenfassung: Trustkapital und Reformisten, und in sachlicher: Wirtschaftsfrieden und Politik auf lange Sicht. Ihr Pakt ist wahrlich ein Friedenspakt nach dem Muster der diplomatischen Friedenspakte der imperialistischen Kriegstreiber. Statt „Achtung des Krieges“ — „Achtung des

Die Unterbezirkskonferenzen Schlesiens für die Beschlüsse des 6. Weltkongresses

Katastrophale Niederlage der Hausen-Gruppe — Breslau und Landeshut trennen sich von ihr

Breslau, den 26. November.
Am gestrigen Sonntag nahmen Unterbezirkskonferenzen in Breslau, Striegau, Landeshut und Liegnitz zu den Beschlüssen des 6. Weltkongresses Stellung. In Breslau wurde die politische Resolution der Bezirksleitung mit 56 gegen 26 Stimmen angenommen. Die Abstimmung in Landeshut (frühere Hochburg der Hausen-Gruppe) ergab elf Stimmen für die Resolution, bei zehn Enthaltungen. Gegen die Resolution wurde keine Stimme abgegeben. Die Unterbezirkskonferenz in Liegnitz nahm die politische Resolution mit allen gegen eine Stimme an. Die vom Genossen Rosenheim vorgelegte Entschädigung der Hausen-Gruppe wurde einstimmig abgelehnt, ebenso einstimmig erfolgte die Annahme einer Resolution der Bezirksleitung, in welcher die Fraktionsstreiber auf das schärfste verurteilt werden.

Ein Bericht aus Striegau lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor, aber auch dort wird voraussichtlich die Resolution der Bezirksleitung mit Mehrheit angenommen worden sein. Entsprechend der politischen Abstimmung erfolgten auf den gestrigen Unterbezirkskonferenzen auch die Wahlen zum Bezirksparteitag.

Der Verlauf der gestrigen Unterbezirkskonferenzen ist für die innerparteiliche Entwicklung von ausschlaggebender Bedeutung. Zeigte sich bereits auf der erweiterten Bezirksleiterung am vorigen Sonntag, daß innerhalb der Hausen-Gruppe starke Differenzierungen bestehen, so trat diese Erscheinung bei den Unterbezirkskonferenzen noch stärker hervor. Charakteristisch dafür ist das Abstimmungsergebnis in Landeshut. Solange die Hausen-Gruppe den Fall Wittorf unter Führung der Parteimitgliedschaft demagogisch ausblähte und die Diskussion auf diesen Fall konzentrierte, konnte sie einen nicht unerheblichen Teil der Mitgliedschaft um sich sammeln.

Die Eröffnung der Aussprache über die Beschlüsse des 6. Weltkongresses zwang die Führer der Hausen-Gruppe, politisch zu diskutieren. In diesem Moment zeigte es sich, daß ihre bisherigen Anhänger zu einem großen Teil auf dem Boden der Beschlüsse des 6. Weltkongresses stehen und die politische Plattform des Genossen Hausen entschieden ablehnen. Das Ergebnis der Unterbezirkskonferenz beleuchtet den Zerfall der Hausen-Gruppe und besiegelt ihre endgültige Niederlage auf dem kommenden Bezirksparteitag. Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft in Schlesien steht auf dem Boden des 6. Weltkongresses und wird seine Beschlüsse mit aller Kraft durchführen.

Vom Tage

Der deutsch-nationale Rittergutsbesitzer von Schimpf, der die Bauern zum Steuerstreik aufgefordert und die Zusammenstöße mit der Polizei in Langenöls provoziert hatte, wurde von dem erweiterten Schöffengericht in Schweidnitz am Sonnabend freigesprochen. (Ein Bericht über den standalösen Prozeß folgt.)

Der Nationalsozialist Willi Kersting, Dortmund, wurde in der Nacht zum Sonntag in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Obwohl es durchaus noch nicht feststeht, ob hier Mord oder Selbstmord vorliegt, versuchen die Polizei und die bürgerliche Presse einen „politischen“ Mord zu konstruieren, den sie den Kommunisten in die Schuhe schieben wollen.

Die von den Ultralinken erfundene und von der gesamten schlesischen und ober-schlesischen SPD.-Presse übernommene Nachricht, daß ein Sekretär Trojka nach mehrwöchigem Hungerstreik verstorben ist, hat sich als ein infa mer Schwindel herausgestellt.

3 Millionen Arbeitslose

Vor einer neuen Welle der Arbeitslosigkeit

Klassenkampfes", nur mit dem Unterschied, daß diese „Rechtung“ von den reformistischen Führern ernst gemeint ist.

Die Politik des Wirtschaftsfriedens wurde durch den Hamburger Kongreß des ADW. schon weitgehend vorbereitet. Nicht nur durch den Schwundel mit der Wirtschaftsdemokratie. Auf dem Hamburger Kongreß des ADW. erklärte stolz ein reformistischer Bürokrat: „Wir haben den Klassenkampf von der Straße in das Verhandlungszimmer getragen.“ Ein anderer prägte den weisen Satz: „Der Klassenkampf ist eine Methode, die angewendet wie von Zeit zu Zeit genügt sind.“ Nach dieser Vorbereitung glaubten die Reichel und Konsorten von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, daß die Zeit gekommen sei, um einen verräterischen Pakt mit den Unternehmern zu schließen, der die Arbeiterschaft für Jahre hinaus in die Bildung der Großen Koalition damit sichern soll.

Der Düsseldorf-Pakt ist da — die Unterschrift fehlt. Reichel und die anderen Reformisten in der kleinen Kommission wagten diesmal noch nicht, den letzten Akt des vollendeten Verrats dokumentarisch zu vollziehen. Der Druck der Massen, die unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen den Dreibund von Staat, Unternehmertum und Reformismus führen, war zu stark. Neue Verwirrungsmandate mußten eingeleitet werden. Aber der Inhalt des Düsseldorf-Pakts, der wider Willen der Reformisten von den Kapitalisten veröffentlicht wurde, die Preisgabe aller Forderungen der Arbeiterschaft, die schamlose Kapitulation vor der Trustbourgeoisie, die Preisgabe des Schlichtungsanspruches selbst, an dem die Reformisten mit feitschischer Anbetung hängen, — das alles ist der Inhalt, der politische Sinn der Großen Koalition selbst. Das ist der Preis der Großen Koalition. Die Schandblöcke, wie sie von den Unternehmern bestimmt und von den Reformisten schon angenommen wurden, diese tief unter den Sägen des Glendeschleidspruches selbst stehenden Löhne, — das ist der politische Lohn Hilferdings, mit dem die Arbeiter bei den Wahlen am 30. Mai neben der Panzerkreuzerlösung für die SPD. gelobt wurden!

Der Düsseldorf-Pakt und der letzte Akt der SPD-Panzerkreuzerlösung im Reichstag brachten auch die Entscheidung einer Frage, die nach den Wahlen vom 30. Mai noch offen stand. Welche Konzeptionen will die SPD. der Bourgeoisie gewähren? Welche Konzeptionen kann die Bourgeoisie der SPD. bieten? Die Grenze dieser Konzeptionen wird sofort erreicht, sobald es um Klasseninteressen der Bourgeoisie geht. Die Trustparteien sind bereit, Herrn Müller und Herrn Hilferding die formale Demütigung zu erparten, daß sie gegen ihren eigenen Panzerkreuzerantrag stimmen sollen. Sie sind nicht bereit, in der sachlichen Frage der Millionenrüstungen auch nur die kleinste Konzession zu gewähren. Die Trustparteien sind bereit, eine elende Armenunterstützung für die Ausgepörrten zu bewilligen, damit die SPD. ihnen hilft, die Erwerbslosenunterstützung zu verweigern. Sie sind nicht bereit, in allen entscheidenden Fragen des Kampfes: Zwölftundentag, Löhne, dreigeteilte Schicht auch nur irgendwelche wirkliche Konzessionen zu gewähren. Was sie bieten, sind höchstens Scheinkonzessionen in unwesentlichen Fragen. Was sie verlangen und erhalten, das ist die Unterwerfung der SPD. unter das Diktat des Trustkapitals in allen für das Proletariat wesentlichen Punkten.

Die Große Koalition bedeutet die Zulammenfassung der imperialistischen und arbeiterfeindlichen Tendenzen der Bourgeoisie, den Verzicht, den Hunger- und Kriegskurs der Ausbeuterklasse für Jahre hinaus zu erhalten und zu festigen. **Nieder mit der Großen Koalition, nieder mit jeder Koalition, — die Kampflosung heißt die nächste, die unmittelbare Lösung der proletarischen Massen bis zum Sturz aller offenen und getarnten Koalitionsregierungen.** Den Charakter der jetzt in Bildung begriffenen Großen Koalition den breitesten Massen aufzuzeigen, bedeutet, sie zum Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie und gegen den reformistischen Klassenverrat überhaupt zu sammeln.

Keinen Pfennig Lohnerhöhung

Dortmund, 26. November. (Fig. Draht.) Im Lohnstreit in der Metallindustrie Hagen-Schwelm wurde am Sonnabend ein Schiedsgericht gefallt, der u. a. bestimmt: Das zum 30. November 1928 gekündigte Lohnabkommen wird mit Wirkung vom 1. Dezember ab wieder in Kraft gesetzt. Ab 1. April 1929 erhöht sich der Spitzenlohn dieses Abkommens auf 83 Pfennig. Diese Reurteilung läuft unkündbar bis zum 31. März 1930 und kann von da mit zweimonatiger Frist erfrischend zum 31. Mai 1930 gekündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis Montag 22 Uhr.

Es müßte die Schlichtungsprozedur zur Unterstützung der Unternehmerwünsche. Keinen Pfennig Lohnerhöhung, langfristige Tarife — das sind die Resultate. Arbeiter, verschärft den Kampf gegen das Schlichtungssystem!

Thesen abdrucken ist Hochverrat!

Zehn Monate Festung für den Genossen Schneider, Hamburg
Leipzig, 24. November. Am Freitag fand vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts ein Hochverratsprozeß gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Hamburger Volkszeitung“, den Genossen Schneider, statt, wegen des Abdruckes der Thesen vom zweiten kommunistischen Weltkongreß über die Stellung der Kommunisten zum Parlament, der während der Wahlbewegung zur Reichstagswahl in diesem Frühjahr erfolgte. Genosse Schneider wurde vom Lorenz-Senat zu zehn Monaten Festung und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Reichsanwalt hatte sogar ein Jahr Festung beantragt.

Der Lorenz-Senat hat also seine Tätigkeit wieder begonnen. Das Urteil zeigt, daß die Klassenjustiz die Verfolgung der Kommunisten verschärft. Den bloßen Abdruck der Thesen, der in zwei Artikeln in der „Hamburger Volkszeitung“ erfolgte, stempelt der Lorenz-Senat zur Vorbereitung des Hochverrats und zu einem Vergehen gegen das Republikungsgesetz. Der Abdruck erfolgte in der Reichstagswahlkampfkampagne, zu dem Wählern den Standpunkt der Kommunisten zum bürgerlichen Parlament darzulegen. Nach der Reichsverfassung ist die Propaganda einer Idee „frei“. Was solche Artikel der Reichsverfassung wert sind, lehrt dieser Prozeß. Die Klassenjustiz, die die Verkünder der bürgerlichen Gesetze fordert, lehrt sich selbst über die bürgerliche Verfassung hinweg, wenn sie ihr bei der Verfolgung der Klassenbewegten Arbeiter hinderlich wird.

Wir beginnen morgen

mit der Veröffentlichung unseres angekündigten neuen Romans.

Dein Körper gehört Dir

Die katastrophale Zunahme der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten erklärt jetzt eine offizielle Bekräftigung durch die Begründung, die das Reichsarbeitsministerium dem Gesandtschaftsbericht über eine Sonderfahrt bei beruflicher Arbeitslosigkeit beigelegt hat. Die Begründung bekräftigt nicht nur die bereits bestehende Massenarbeitslosigkeit, sondern klärt für den bevorstehenden Winter eine weitere starke Zunahme der Arbeitslosigkeit an.

Im einzelnen stellt das Reichsarbeitsministerium fest, daß in den wichtigsten Beschäftigungszweigen die Beschäftigungsmöglichkeit schon jetzt empfindlich zurückgegangen sei und eine noch stärkere Zunahme derselben für die kommenden Wochen und Monate erwartet werden muß.

Ende September seien bei den Arbeitsnachweisen bereits rund 1 157 000 Arbeitsuchende gegen rund 867 000 im gleichen Zeitpunkt des Jahres 1927 verfügbar gewesen.

Aus den seit Ende September vorliegenden Messungen der einzelnen Landesarbeitsämter geht klar und eindeutig eine weitere, mit jeder Woche stärker anwachsende Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Monaten Oktober und November hervor, so daß bereits mit zwei Millionen faktisch erfassten Arbeitslosen gerechnet werden muß. Da die Arbeitsämter aber bekanntlich nur die Zahlen der Unterstützung empfangenden Arbeitslosen veröffentlichen, ist schon jetzt mit einer Gesamtzahl von drei Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Diese ungeheuerliche Katastrophe und die Feststellung, daß in den nächsten Wochen und Monaten mit einer noch größeren Umfang annehmenden Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, stellt nicht nur das Millionenheer der Arbeitslosen, sondern die gesamte Arbeiterklasse vor große und entscheidende Aufgaben.

Die gewaltige Massenarbeitslosigkeit kann nicht nur als Saisonerscheinung gewertet werden. Sie hat vielmehr in erster Linie ihre Ursachen in der verhängnisvollen Nationalisierungsoffensive, die die Unternehmer mit aktiver Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durchzuführen, und ist ein Symptom für die Verschärfung der Klassengegensätze. Die Unternehmer schmelzen rücksichtslos täglich Tausende von Arbeitern auf die Straße und leiten gleichzeitig gegen

die noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter eine neue brutale Offensive für Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung ein.

Bei der Durchführung dieser Offensive spekulieren die Unternehmer auf die mit der Massenarbeitslosigkeit verbundene Verschlechterung der Lebenslage der Millionen Arbeitslosen, um sie im geeigneten Augenblick gegen die noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter auszuspielen zu können. Und wie der Staat bei der Durchführung der Kapitaloffensive für weitere Verschlechterung der Arbeitszeit und Verlängerung der Arbeitszeit auf der Seite des Unternehmertums steht, so unterstützt er auch die Spekulation des Unternehmertums auf die Massenarbeitslosigkeit dadurch, daß er eine durchgreifende Unterstützung verhindert und so dazu beiträgt, die Notlage der Millionen von Arbeitslosen noch zu verschärfen. Die Unterstützung, die der Staat den Erwerbslosen gewährt, reicht nicht aus zur Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse. Mit der Krisenfürsorge steht es noch viel schlimmer. Dabei muß weiter berücksichtigt werden, daß die völlig ungenügende Erwerbslosenunterstützung und die noch schlechtere Krisenfürsorge nur einem Bruchteil der Erwerbslosen zugute kommen, daß also fastlich Hunderttausende von Erwerbslosen keinerlei Unterstützung erhalten und damit der völligen Verelendung ausgeliefert sind.

Die kommunistische Partei hat angesichts der wachsenden Verelendung der Arbeitslosen eine Reihe von Unterstützungsanträgen im Reichstag eingebracht. Der Kampf für die in diesen Anträgen geforderte Unterstützung der Arbeitslosen ist und darf nicht eine Angelegenheit der Erwerbslosen allein sein. Es ist vielmehr Pflicht der Gesamtarbeiterschaft, die Erwerbslosen in ihrem schweren Existenzkampf mit aller Kraft zu unterstützen; das muß geschehen, indem sie den Kampf für die ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen verbindet mit dem Kampf für Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Nur wenn das Millionenheer der Arbeitslosen aktiv von der Gesamtarbeiterschaft unterstützt wird und andererseits die Arbeitslosen sich geschlossen in die Kampffront der proletarischen Gegenoffensive einreihen, kann der Kampf gegen die Kapitaloffensive, die sich gegen die Arbeitslosen und die noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter in gleichem Maße richtet, der Kampf für die Forderungen der Gesamtarbeiterschaft erfolgreich geführt werden.

Anwetterkatastrophen und Schiffsunglücke in aller Welt

Schwere Sturmschäden über Nordfrankreich

II. Paris, 25. November. Das Anwetter, das über einem großen Teil Frankreichs tobt, hat unvermindert an und verurteilt beträchtlichen Schaden. Zahlreiche Telefonverbindungen wurden unterbrochen, allein in der Gegend von Lille in Nordfrankreich sind auf einer Strecke von zwölf Kilometer alle Telefonmasten umgebrochen. An der Küste ist der Sturm von schweren Regenschauern begleitet. Aus dem Gebirge werden Schneefälle gemeldet. Die Schiffe können nicht in die Häfen einlaufen und müssen draußen vor Anker liegen. Eine Reihe von Fahrzeugen befindet sich in Seenot. Auch an der spanischen Küste wütet ein schwerer Sturm, dem viele Fahrzeuge zum Opfer fielen.

Am Sonntag sandte der französische 5000-Tonnen-Dampfer „Amiral Royn“ SOS-Rufe. Nach einer Meldung aus La Rochelle hat ein französisches Fischerboot 15 Mann der Besatzung des italienischen Dampfers „Barbara“ gerettet, der im Golf von Gascogne unterging. Das Schicksal der übrigen Besatzung ist unbekannt.

Deutsche Schiffe im Sturm an der holländischen Küste

II. Amsterdam, 25. November. Sonnabend nachmittag ist der deutsche Schlepper „Fair Play“ mit fünf Verletzten an Bord im Hafen von Helber angekommen. Das Schiff war mit einem Salzfisch im Schlepptau auf dem Wege von Ruyghaven nach Jaandam unterwegs und ist am Freitag an der holländischen Küste in das Anwetter geraten. Die Schlepptau rissen. Mit Lebensgefahr versuchte man bei hohem Wellen die Mannschaft des Salzfisches zu retten. Fünf Personen wurden dabei ernstlich verletzt. Erst als der Schlepper selbst sein Steuer verloren hatte und arg beschädigt war, wurden die Verwunden aufgegeben. Ueber das Schicksal der auf dem Salzfisch zurückgebliebenen drei Mann ist man ernstlich besorgt.

Auch in Hamburg große Sturmschäden

In Hamburg erreichte der Sturm eine Stärke von 7-8, in Wöden sogar von 8-10 Meter. Der Wasserstand der Elbe ist wieder gewaltig gestiegen. Im Hafen sind nennenswerte Schäden nicht entstanden, doch ist das Wasser der Unterelbe so stark aufgewühlt, daß der Kleinverkehr mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Auch an der schleswig-holsteinischen Westküste wurde überall großer Schaden angerichtet. Der Dampferverkehr von Hujum nach den Inseln ist unterbrochen. Die Hulumer Fischerboote, die sich zum Heringsfang auf See befanden, landeten unter Wellenorm Schutz suchen. Auf der Hallig Langeneß ist das Wasser in zwei Häuser eingedrungen. Da die Sturmflut auch hier zurückgeht, besteht für die Halligbewohner zunächst keine Gefahr mehr. In Ost hat der Sturm außer einer großen Anzahl kleiner Schäden von einem Hause den Giebel heruntergerissen. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Menschenleben kamen nicht zu Schaden.

Ein neues Schiffsunglück

II. London, 24. November. Wie aus Kapstadt gemeldet wird, befindet sich der über 7000 Tonnen große Dampfer „Carribo“ 33 Meilen südwestlich von East-London im sinkendem Zustand. Die Besatzung hat bis auf den Kapitän das Schiff verlassen und ist von einem zu Hilfe geeilten Dampfer aufgenommen worden. Die „Carribo“ war am Freitagabend von East-London mit Fracht nach den Vereinigten Staaten ausgelaufen. Das Schiff ist in Liverpool beheimatet.

Neuer Anschlag gegen die englischen Arbeiter

150 000 Arbeitslose ihrer Unterstützung beraubt

Das reaktionäre Baldwin-Kabinett bereitet einen neuen Anschlag gegen die englischen Arbeiter vor. Es beabsichtigt, die ohnehin schon

sehr dürftige Arbeitslosenunterstützung noch weiter zu verschlechtern. Während ein Arbeiter bis jetzt zur Erlangung der Arbeitslosenunterstützung nachweisen mußte, daß er in seiner gesamten Arbeitszeit 30 wöchentliche Arbeitslosenbeiträge oder zumindest acht Beiträge innerhalb der Arbeitslosigkeit unmittelbar vorausgegangenem zwei Jahre bezahlt hat, schreibt die neue Bestimmung des Arbeitsministeriums vor, daß diese 30 Beiträge in den der Arbeitslosigkeit unmittelbar vorausgegangenem 30 Tagen nachzuweisen seien.

Durch diese Maßnahmen werden nach den Angaben der Gewerkschaften weit über 150 000 Arbeitslose ihrer Unterstützung beraubt und ausgesteuert. Am härtesten werden dabei die Bergarbeiter getroffen, von denen viele Zehntausende durch die „Nationalisierungsmaßnahmen“ der Grubenbesitzer schon über zwei Jahre arbeitslos sind.

Opfer des Profitstems

II. Moers, 23. November. Auf der Zeche „Friedrich Heinrich“ in Lintfort ereigneten sich zwei schwere Unfälle, durch die zwei Bergarbeiter den Tod fanden. Ein Bergmann wurde durch hereinbrechende Gesteinsmassen der Soßbahn, während er mit Zimmerarbeiten beschäftigt war, verschüttet. Nach 1 1/2 stündiger Arbeit konnte er nur noch als Leiche geborgen werden. Weiter geriet ein Bauer unter eine Juggvorrichtung der Schüttelkrutsche. Er wurde mit Arm- und Beinbrüchen sowie Hals- und Kopfverletzungen dem Krankenhaus zugeführt, wo er sofort nach der Einlieferung verstarb.

Kleine Nachrichten

Zusammenstoß bei der Beerdigung Rüttemers. — II. Berlin, 24. November. Bei der Ueberführung der Leiche des Nationalsozialisten Rüttemer zum Friedhof in Tempelhof kam es verschiedentlich zu kleineren Zusammenstoßen mit der Polizei, da die Nationalsozialisten trotz des Verbotes versuchten, die Beerdigung zu einem Demonstrationzug auszugestalten.

Passagierflugzeug abgeführt. — Drei Tote. — II. London, 24. November. Bei einer Farm in der Nähe von Spolane (Vereinigtes Staaten) ist ein dreimotoriges Passagierflugzeug abgeführt. Drei Insassen wurden sofort getötet und drei weitere schwer verletzt.

Gasexplosion in einer englischen Grube. — II. London, 24. November. In einem Bergwerk in Norththorpe, in der Grafschaft Northumberland ereignete sich am Sonnabendvormittag eine schwere Gasexplosion. Eine etwa hundert Meter lange Stützlamme schob durch den Schacht. Zehn Bergleute erlitten Verbrennungen, drei davon wurden sehr schwer verletzt. Einer der Schwerverletzten ist bereits gestorben.

Neubauentwurf in Ratingen. — II. Düsseldorf, 25. November. Am Sonnabendnachmittag kürzte in Ratingen aus blühendster festgestellter Ursachen der bis zum zweiten Stockwerk gebühende Neubau eines Stiebls der Landwirtschaftsschule zusammen. Glücklicherweise konnten die auf dem Bau befindlichen Arbeiter noch rechtzeitig gewarnt werden, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. Durch den Einsturz wurde auch die Giebelwand der alten Landwirtschaftsschule beschädigt und zum Teil eingedrückt. Wie durch ein Wunder wurde in dem anschließenden Raum, in dem Unterricht abgehalten wurde, niemand verletzt.

Eilgüterzugentgleisung in England. Drei Schwerverletzte. — II. London, 25. November. Der Eilgüterzug London-Dover ist kurz vor Eintritt in einen Tunnel vor der Station Crawl entgleist. 16 von 23 Wagen sprangen aus den Schienen, sieben von diesen wurden vollkommen zertrümmert. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden unter den Trümmern der Kohlentenders begraben und erlitten schwere Verletzungen. Der Zugbegleiter wurde bei der Entgleisung vom Wagen geschleudert und gleichfalls erheblich verletzt. Ein Grund für die Entgleisung ist vorläufig nicht bekannt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Artur Dombrowski, für den „Bericht über den Weltmarkt“ und „Waldenburg“ Wilhelm Gierisch für „Weltmarkt“ und die übrigen Beilagen: Alfred Adams, sämtlich in Breslau. — Für den politischen Teil: Theodor Keller, Gierisch für „Bericht über den Weltmarkt“.

Die Schweiz schließt keine Spartakiade-Teilnehmer aus

In Bern fand die Zentralvorstandssitzung des Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportbundes...

Natürlich ist der Vorstand des Verbandes, wie könnte er auch, damit nicht einverstanden...

Hier wird also nicht weniger als die vollständige politische Unterwerfung der oppositionellen Sportler...

Die sportliche Isolierung der Opposition durchbrochen

Nach dem Ausschluß von 140 oppositionellen Vereinen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Berlin-Brandenburg...

Die Vertreter aller auswärtigen Vereine betonten, daß sie den Kampf gegen die Verbürgerlichung des Arbeitersports...

SPD. im Dienste des bürgerlichen Sports

Ueber die Unterstützung der Sozialdemokratie bei Gewährung von finanziellen Mitteln an die bürgerlichen Sportvereine...

In Weibzrieden (Saargebiet) fand ein Antrag auf Uebernahme einer Kaution von 10 000 Mark für die Deutsche Turnerschaft Annahme...

Ein anderer Fall hat sich in Jena abgespielt. Im Stadtausschuß für Leibesübungen hatten die bürgerlichen Vertreter einen Antrag eingebracht...

Die nun folgende Abstimmung zeigte eindeutig, daß die Sozialdemokraten für die Unterstützung des bürgerlichen Sports sind...

Die Arbeiterportler, die unter Ausbietung aller Kräfte für den Auf- und Ausbau ihrer Organisation arbeiten...

Sport vom Sonntag

Thüringen gewinnt das Geräteturnen!

Nähezu 3000 Zuschauer füllten gestern nachmittags den Kuppelbau des Jirkus-Busch-Gebäudes in Breslau...

Der Verlauf des Kampfes

Technische Schwierigkeiten hatten zur Folge, daß zuerst Hochreiter, allerdings benachteiligt für die Weckkämpfer...

Die Pflichtübung am Barren erwies sich als äußerst schwierig. Der fast gleiche Stand der drei Kreise...

Bei den Kunstübungen der Weckkämpfer zeigte sich die Vielfältigkeit ihres Könnens. Die Kampfrichter hatten hier einen äußerst schweren Stand...

Den Abschluß bildete das Turnen am Pferd. Es erfordert die höchste Vollendung von Geschicklichkeit und Gewandtheit...

Im Gesamtergebnis zeigte es sich, daß Thüringen mit 963 Punkten als Erster aus dem Wettkampf hervorging...

Fußball

Union I - Hertha I 4:3

Auf dem Hertha-Platz entwickelte sich sofort ein flottes Spiel. Union zeigt anfangs eine kleine Ueberlegenheit...

Notizen

Handballserienspiele am Sonntag, dem 2. Dezember

- Männer: C-Klasse 10,10: 4. Abt. - 1897, Lohewiese, Kofe-Fischer...

Ein volkstümliches Schwimmfest veranstaltete der Schwimmverein Poseidon, Breslau, am Sonntag, dem 18. November...

An alle Kartellvereine! Die Ortsgruppe Breslau des Arbeiter- Esperanto-Bundes veranstaltet für alle Vereine...

Ausgreibung zum Skilauf-Wehrkursus im Riesengebirge (Aupa) für Anfänger und Fortgeschrittene, offen für den 1. Bezirk...

Handballschiedsrichtervereinigung. Mittwoch 20 Uhr. Vollversammlung bei Hanke, Leutenstraße...

Freie Sportvereinigung 1897, Schülerabteilung. Mittwoch 18 Uhr sämtliche Schüler Turnhalle...

Achtung! Morgen, Dienstag, 19.30 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses...

Sparta (Altersmannschaft) - Hertha-Brieg (Altersmannschaft) 2:1

Am Schlachthof liegt das Spiel obiger Mannschaften. Mit dem Anstoß Spartas, der vom Gegner sofort unterbrochen wird...

Resultate

Table with 3 columns: Team/Match, Score, and other details. Includes results for various football and handball matches.

Handball

- 2. Abt. II - Ganda II kampflös für 2. Abteilung 2. Abt. 1. Jgd. - 1. Abt. 1. Jgd. 8:1

Schwere Niederlage der Breslauer Städte-Hogmannschaft

Am 24. November war die Städte-Hogmannschaft Breslau bei ASV. Görlitz als Gast. Die großen Erwartungen, welche bei Breslau vorausgesetzt wurden...

Das Saalsportfest der freien Sportvereinigung 1897 am gestrigen Sonntag in Bräuers Lokal, Gohlfstraße, bildete eine gute Propaganda für die vom Arbeiter-Athleten-Bund gepflegten Sportarten...

interessante Film „Die Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, ihre Einrichtung und ihr Betrieb“...

An die Vereine des 1. Bezirks! Durch Beschluß des Bezirksrats und der Turnspartenleitung des 1. Bezirks...

Weißstein. Sportberichterstattung. Am 17. November fand im „Eisernen Kreuz“ in Altwasser eine Sportberichterstattung statt...

Sangwäldersdorf. Von den Radfahrern. Am 18. d. M. fand die von 22 Mitgliedern besuchte Generalversammlung des Arbeiter-Radfahrer-Vereins...

Arbeiter-Sportvereine bestellen alle Drucksachen, wie Programme, Plakate, Festschriften usw. bei der PEUVAG-DRUCKEREI Breslau 10 Trebnitzer Straße 50

MENSCH UND ENERGIE

TECHNISCHE BEILAGE DER KOMMUNISTISCHEN TAGESPRESSE

2. Jahrgang Nummer 21

Bearbeitet von der Sozialistischen Studentengruppe der Techn. Hochschule Hannover
Nachdruck sämtl. Artikel verboten

SOWJETRUSSLAND

11 Jahre Sowjetwirtschaft

Als die Sowjetunion im November 1927 auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte, hatte sie auf wirtschaftlichem Gebiete ein wichtiges Ziel erreicht: der Wiederaufbauprozess war auf breiter Front zum Abschluß gelangt; einigen nur wenig zurückgebliebenen Wirtschaftszweigen standen andere gegenüber, die das Vorkriegsniveau erheblich überschritten hatten. Das Vorkriegsniveau der Wirtschaft war ohne fremde Hilfe, aus eigener Kraft etwa zu gleicher Zeit mit den westlichen Staaten erreicht worden, obwohl die Voraussetzungen für einen normalen Wirtschaftsaufbau für die Sowjetunion erheblich später als in den anderen Staaten gegeben waren und obwohl dieser Aufbau unter den erschwerten Bedingungen, die die Umstellung auf eine neue Wirtschaftsform mit sich bringt, zu vollziehen war.

Der Raum unserer Beilage ist viel zu klein, als daß auch nur annähernd ein Querschnitt durch die machtvolle Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und Industrie Sowjet-Rußlands gegeben werden könnte. Unsere Aufsätze berühren daher nur zwei, allerdings sehr wichtige Teilgebiete der russischen Wirtschaft: den Rohstoff- und den Energiehaushalt. Bei diesem Zusammenhänge empfehlen wir als eine ausgezeichnete, laufende Informationsquelle für Einzelheiten des sowjetrussischen Wirtschaftslebens wiederum die von der Handelsvertretung der UdSSR (Berlin SW 68, Lindenstraße 20-25) herausgegebene Halbmonatsschrift: Die Volkswirtschaft der UdSSR.

Die zusammenfassenden Produktionsziffern für die industrielle Entwicklung (in Mill. Vorkriegs-Rubeln):

	1913	1921/22	1926/27	1927/28
Großindustrie	5620	1490	6611	7558
Kleinindustrie	1390	480	1209	1312
Zusammen	7011	1970	7820	8870

deutlich schlagend und entgegen den endlosen Herabsetzungsversuchen der bürgerlichen Presse, daß schon vor Jahresfrist das Vorkriegsniveau im Gesamtergebnis überschritten wurde und daß die Entwicklung mit noch gesteigerter Intensität fortschreitet.

Vergewegen wir uns noch, daß die Großindustrie sich zum weitaus überwiegenden Teile in den Händen des Staates und der Genossenschaften befindet, die 1926/27 reichlich 96 % der großindustriellen Produktion konzentrierten, so wissen wir, daß die kommunistische Wirtschaft nicht nur ihre Lebensfähigkeit, sondern ihre Überlegenheit über die kapitalistische Wirtschaftsform tagtäglich beweist.

Kalibergbau in Rußland

Bislang hatte Deutschland auf dem Kalimarkt eine Monopolstellung, — die größten und am besten ausgebauten Kalilagerstätten waren in Deutschland. Noch heute deckt Deutschlands Kaliproduktion 75 Prozent, mit der französischen Produktion zusammen sogar 95 Prozent des Weltbedarfs an Kali. Aber nach dem Kriege ist Kali auch in Rußland gefunden worden, und vor einem Jahre hat man mit dem Bau des ersten Bergwerks begonnen.

Das Kali liegt dicht unter der Erdoberfläche, nur etwa 300 Meter tief. Der Hauptort des Vorkommens ist Solikamsk am Westrand des Ural und schon hoch im Norden, wo die Flüsse ein halbes Jahr lang zugefroren sind. Das Kali wird in Form von Sylvinat und Karnalit gefunden und ohne die störenden Beimischungen von Kieserit, die z. B. in den deutschen Kalilagerstätten die Verarbeitung der Salze erschweren. Die bergmännischen Verhältnisse liegen also auch wesentlich günstiger als im deutschen Kaligebiet.

In Rußland ist vorerst noch der Verbrauch von Kali, das hauptsächlich in der Landwirtschaft zur Düngung benutzt wird, gering; eigene Kaliwerke hatten die Russen bisher nicht und die Kosten der Einfuhr aus dem Ausland sind zu hoch und die Wirtschaftsform der Bauern noch zu primitiv. Aber seit die Sowjets dem Dorf die Maschine gegeben haben, fängt die bäuerliche Wirtschaft in Rußland an intensiver zu werden und der Verbrauch an künstlichen Düngemitteln steigt ständig.

So scheint auch der Absatz für das Kali aus Solikamsk gesichert zu sein, — wenn noch ein gelöst wird: die Transportfrage.

In der Umgegend der neuen Kaliwerke selbst ist Ackerbau nicht mehr möglich, dort gedeiht nur noch Wald und ein wenig weiter nördlich hört auch der Wald auf und die öde nordische Steppe beginnt! Das Kali muß schon zu den Hauptverbrauchsgegenständen gebracht werden, um die mittlere und südliche Wolga herum, nach Transkaukasien oder nach den Tabakplantagen von Westturkestan.

Eisenbahnanschlüsse hat Solikamsk auch nicht, eine Nebenbahn geht bis auf 25 Kilometer an den Ort heran, und die eigentliche Hauptbahn, die schweren Güterverkehr leisten kann, läuft 340 Kilometer weiter südlich. Aber selbst wenn eine neue Bahn gebaut ist, bleiben die Entfernungen für diese teuren Eisenbahntransport zu groß, bis Moskau sind es noch 2000 Kilometer. Und von Moskau aus müßte dann das Kali noch weiter südlich gebracht werden.

In dieser schwierigen Lage kommt den Russen der Reichtum des Landes an schiffbaren Flüssen zu Hilfe. Die schiffbare Kama, ein Nebenfluß der Wolga, fließt nur 6 Kilometer von Solikamsk entfernt. Der Fluß ist zwar nur ein halbes Jahr lang zu befahren — die andere Hälfte des Jahres ist er zugefroren —, aber der Transport auf dem Wasserwege flussabwärts ist ja so billig, und er fährt dazu geradewegs in die Hauptverbrauchsgebiete, daß eine bessere Möglichkeit für den Abtransport des Kali kaum irgendwo gefunden werden kann. Die vollen Kähne fahren mit der Strömung bergab und nur die leeren, leichten Kähne brauchen flussaufwärts geschleppt zu werden.

Vorerst werden noch die Schächte gebaut, — aber bei dem schnellen Tempo der russischen Wirtschaftsentwicklung wird es nicht lange dauern, dann fahren auf der Wolga die Kalikähne aus dem nördlichen Ural „Gesundheitsfröhen“.

Großkraftwerke in der Sowjetunion

Ein wichtiger Programmpunkt der Sowjets ist: In jede Hütte und in jede Fabrik Elektrizität, also Licht und Kraft. Elektrizität ist heute geradezu eine notwendige Voraussetzung für das Emporblühen eines modernen Staates und natürlich erst recht eines Arbeiterstaates. Denn wie soll es möglich sein, den „kollektiven Menschen“ des kommunistischen Staates zu schaffen, wenn beispielsweise der Bauer infolge primitiver Geräte von morgens früh bis abends spät sich quälen muß, um sein Leben eben gerade fristen zu können. Da kann nur die moderne landwirtschaftliche Maschine und rationelle Bewirtschaftung Abhilfe schaffen, zu deren Einführung Elektrizität eine wichtige Voraussetzung ist. Ja, man kann sagen: Ohne Elektrizifizierung gibt es keinen modernen kommunistischen Staat.

Die wichtigsten Quellen, aus denen Elektrizität gewonnen wird, sind Kohle und Wasser. Zwar gibt es in Rußland, besonders im asiatischen Teil, gewaltige Kohlenlager, jedoch erfordert der Abbau ungeheures Kapital, was bis jetzt nicht vorhanden ist. Wasserkraft ist dagegen verhältnismäßig leicht auszubauen, deshalb hat auch die Sowjetunion in den letzten Jahren planmäßig den Ausbau seiner Wasserkraftbetriebe.

Das erste große, nach dem Kriege erbaute Wasserkraftwerk ist „Wolchowstroj“ am Wolchow, einem Fluß im Leningrader Rayon, das im wesentlichen Leningrad mit elektrischer Energie versorgt. Daneben sind, besonders in der Ukraine und in Armenien, eine Reihe kleinerer Wasserwerke ausgebaut, die ihre nähere Umgebung mit Licht und Kraft versorgen.

Geplant bzw. im Bau sind insbesondere zwei große Wasserkraftwerke, die hier wegen ihrer ungewöhnlichen Größe und Anlage etwas näher beschrieben werden sollen.

Das eine dient dazu, den immer größer werdenden Bedarf Leningrads (das ja nach bürgerlichen Zeitungsberichten eine tote Stadt ist) an Energie zu decken, da schon jetzt die beiden vorhandenen Werke „Roter Oktober“ (Kohle) und „Wolchowstroj“ (Wasser) nicht mehr ausreichen. Es ist dies das Werk „Swirostroj“ und liegt am Flusse Swir, der den Onegasee mit dem Ladogasee verbindet. Der Bau dieses Kraftwerkes hat gleichzeitig den großen Vorteil, daß die bis jetzt vorhandenen Stromschnellen beseitigt werden. Damit ist eine durchgehende Schiffsverbindungs von Leningrad nach Archangelsk am nördlichen Weißen Meer geschaffen und damit eine sehr billige Exportmöglichkeit des ungeheuren Holzreichtums des nördlichen Rußland. Das im ersten Bauabschnitt zu errichtende Kraftwerk wird 120 000 PS leisten, die fast ganz auf einer 240 Kilometer langen, 120 000 Volt Leitung nach Leningrad transportiert werden.

Neben diesem, in seinen Einzelheiten noch nicht festliegenden Bauwerk, sind die Bauarbeiten für das größte europäische Kraftwerk überhaupt in vollem Gange. Es ist dies „Dnjeprstroj“ (die Silbe „stroj“ heißt auf deutsch Kraftwerk), ein Wasserkraftwerk zur Ausnutzung des Dnjepr, eines der größten Ströme des europäischen Rußland (vergl. Abb. 1), zwischen Jekaterinoslaw

Das zur Ausnutzung der für deutsche Verhältnisse gewaltigen Wassermenge zu errichtende Kraftwerk soll im ersten Ausbau 285 000 PS leisten, im zweiten Ausbau 610 000 PS. Die für diese Leistung einzubauenden Wasserstoffmaschinen sind Turbinen von ganz ungeheuren Abmessungen, wie sie meines Wissens bisher nur in Amerika beim Niagarafall verwendet sind. Jede einzelne Turbine soll nämlich 50 000 PS leisten! Die erzeugte elektrische Energie wird auf 115 000 Volt Leitungen an die Verbraucherstellen weitergeleitet. Der Strom des ersten Ausbaues wird benutzt zur Versorgung der Städte Jekaterinoslaw

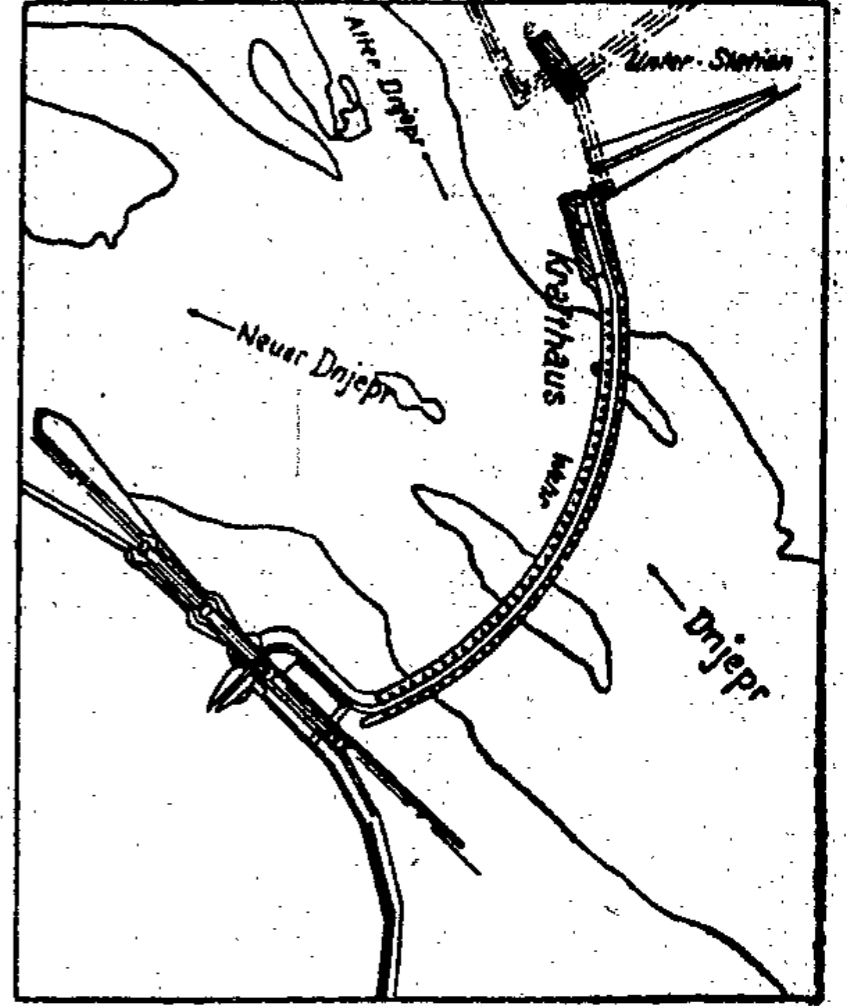


Abbildung 2

law und Saporoschja, der zahlreiche Eisenerz- und Manganerzgruben von Kriwoj Roy und Nikopol sowie der gesamten Eisen- und Maschinenindustrie der Umgebung.

Auch in anderer Beziehung ist die Anlage von großem volkswirtschaftlichen Nutzen. Es muß nämlich eine neue Eisenbahnlinie gebaut werden, da die alte durch den Stausee unter Wasser gesetzt wird, und diese neue Linie wird im Gegensatz zur alten so ausgebaut, daß der Transport von Massengütern gewährleistet wird und daß der Weg zwischen den südwestlichen Industriezentren um 35 Kilometer verkürzt wird.

Die gesamten Baukosten, also Staudamm, Kraftwerk, Schleusen, Siedlungsbauten an Stelle der durch den Stausee unter Wasser gesetzten Dörfer, Maschinen, Ueberlandleitungen, Brücken- und Eisenbahnbauten belaufen sich auf rund 280 Mill. Reichsmark, also auf rund 3 Panzerkreuzer; nur daß diese Anlage einen ungeheuren Schritt vorwärts in der Entwicklung des Sowjetstaates bedeutet, während man das von den Panzerkreuzern nicht gerade behaupten kann. Der Bau soll 1932 beendet sein. Wasserplanschier.

WEISST DU SCHON

Daß es der Western Electric Society gelungen ist, zur Entfernung von Bleistiftspitzen aus Fleisch oder Augen einen Magneten von Bleistiftgröße zu konstruieren? Er besteht aus einer Kobalt-Stahl-Legierung und hat das 2½fache der magnetischen Kraft der besten Wolfram-Stahl-Magneten. Er kann einfach in die Tasche gesteckt werden. Bis jetzt war man auf Elektromagneten angewiesen, die schwer, teuer und ortsfest sind.

Daß in Kanada täglich 500 Tonnen Schwefel verloren gehen, die bei der Verbrennung schwefelhaltiger Kohle ungenutzt in die Luft entweichen? Das macht im Jahr 180 000 Tonnen und beträgt etwa 90 Prozent der Gesamtproduktion Siziliens, das in Europa Haupterzeuger für Schwefel ist und 1926 208 000 Tonnen auf den Markt brachte.

Daß die gesamte Metallproduktion Großbritanniens nicht genügen würde, um das zu ersetzen, was an Stahl- und Eisenkonstruktionen durch Rost zerfressen und größtenteils verloren wird?

Daß auf den Philippinen als Abfall der Rohzuckerfabrikation jährlich 100 000 Tonnen Melasse ins Meer laufen? Das entspricht etwa 30 000 Tonnen Rohzucker. Bei uns ist man damit nicht so verschwenderisch, sondern nutzt die Melasse zur Heferzeugung, als Viehfutter usw. aus.

Daß sich zur Zeit in Moskau ein Planetarium im Bau befindet, dessen technische Einrichtung von den Zeißwerken in Jena geliefert wird und das die größte Eisenbetonkuppel in der UdSSR haben wird?

Daß die Permer Fabrik „Separator“ vor kurzem den 100 000sten Separator herstellen konnte? Das Werk begann 1923/24 zu arbeiten. Im neuen Wirtschaftsjahr soll die Produktion auf 120 000 Separatoren gebracht werden.

Daß die russischen Genossenschaften in den letzten Jahren die Errichtung von Speisehallen und Großküchen in die Hand genommen haben, um der Bevölkerung billige Mahlzeiten zu liefern und vor allem die arbeitende Frau von der Hausarbeit zu entlasten? Eine der größten Küchen, in Iwanowo-Wosnesensk, besitzt 23 Kochkessel mit insgesamt 10 145 Liter Fassungsvermögen und liefert pro Tag 10- bis 12000 Mittagessen.

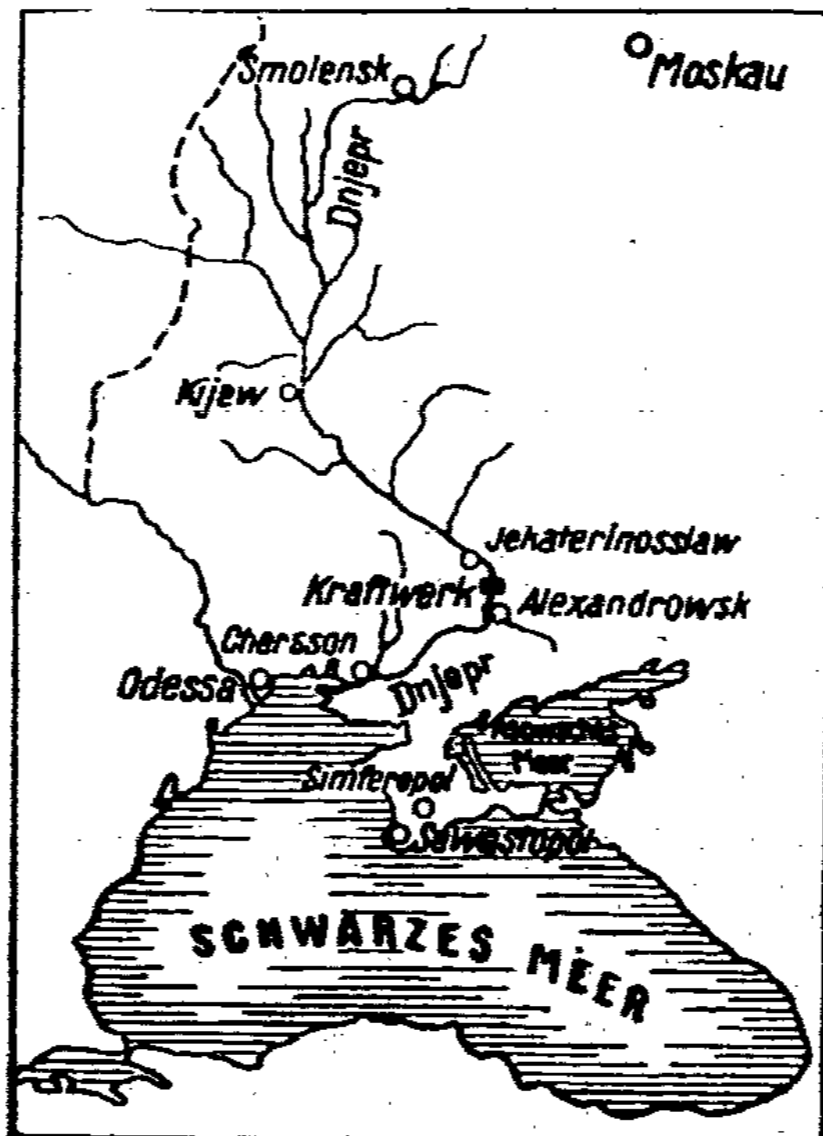


Abbildung 1

und Alexandrowsk, durchstößt der Fluß einen niedrigen Gebirgszug, die sogenannte „Südrußische Steinplatte“. Während er oberhalb und unterhalb in der Tiefebene fließt und schiffbar ist, befinden sich an dem Durchbruch zahlreiche Stromschnellen und ein reißendes Gefälle, die die Schifffahrt unmöglich machen. Durch Anlage eines großen 750 Meter langen Staudammes bei Saporoschja, zwischen den beiden obengenannten Städten (Abb. 2), wird der Flußspiegel bei Jekaterinoslaw noch um drei Meter gehoben und von da bis zum Wehr ein großer Stausee, ohne wesentliches Gefälle, gebildet. Am Wehr selbst entsteht ein Spiegelunterschied von 37 Metern zwischen Ober- und Unterwasser, der zur Kraftausnutzung herangezogen wird. Die Schifffahrt wird durch seitlich liegende Schleusen durchgeführt und damit eine durchgehende Schiffsverbindungs vom Schwarzen Meer bis Kiew und Smolensk (Abb. 1) geschaffen. Schon jetzt ist der Wasserverkehr oberhalb der Stromschnellen (hauptsächlich Holz) sehr groß, ebenso unterhalb derselben (Getreide). Durch Verbindung beider Schiffsverkehrswege durch die Wasserkraftanlage wird voraussichtlich der Verkehr auf das Vierfache anwachsen, stromab hauptsächlich Holz und Getreide, stromauf Naphtha

Erwerbslose, verlast euch nicht aufs Stadtparlament

Die kommunalistischen Anträge eingereicht, sie werden nur unter eurem Massendruck angenommen werden

Das Verwaltungsgebäude wird 1929 begonnen!

Wie wir erfahren, hat sich der Magistrat in seiner letzten Sitzung mit den Bauplänen der Stadt beschäftigt und beschlossen, mit dem Bau des Verwaltungsgebäudes im nächsten Jahre zu beginnen. Bis 1930 soll der erste Bauabschnitt, der beide Flügel nach der Regierung und die Vorderseite umfassen und fünf Millionen kosten soll, fertiggestellt sein. Später soll dann der zweite Bauabschnitt — der Teil, der nach der Ober zu liegen wird — in Angriff genommen werden. Die für den ersten Bauabschnitt benötigten fünf Millionen Mark (insgesamt wird das Verwaltungsgebäude sieben Millionen Mark beanspruchen) sollen durch eine besondere Anleihe aufgebracht werden.

Der Magistrat beschäftigte sich weiterhin mit dem Bau der neuen Hauptfeuerwache und stellte dieses Projekt vorläufig zurück. Es soll erst begonnen werden, wenn der erste Bauabschnitt des Verwaltungsgebäudes zu Ende geht oder schon beendet ist, d. h. also nicht vor 1930/31.

Wieder über 2000 Erwerbslose in Breslau mehr

In der Woche vom 8. bis 14. November stieg in der Provinz Niederschlesien die Zahl der Arbeitsuchenden von 87.166 auf 91.808, die der Hauptunterstützungsempfänger von 40.688 auf 48.647, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 30.618 auf 38.236, in der Krisenunterstützung von 10.067 auf 10.414. Im Bezirk des Arbeitsamtes Breslau stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 34.300 auf 36.189, die der Hauptunterstützungsempfänger von 19.649 auf 21.156, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 11.138 auf 12.423, in der Krisenunterstützung von 8611 auf 8732.

Das Wohnungselend treibt zu Verzweiflungstaten

Am Freitag wurde der 32 Jahre alte Arbeiter Krause, der zurzeit im Obdachlosenheim in der Schuhbrücke untergebracht ist, verhaftet. Grund zu dieser Maßnahme gaben Verurteilungen des Verhafteten zu einem Inzessen des Mils, wonach Krause geplant hat, die Schlafbaracke in der Nebengasse in Brand zu stecken. Wie Krause angab, hatte er genug von dem Wohnungselend und wollte durch seinen Verzweiflungsschritt die breite Öffentlichkeit auf seine Not aufmerksam machen.

Die „Schlesische Zeitung“ ist selbstverständlich „besser“ unterrichtet. Unter der Überschrift „Brandstiftung“ schreibt sie: In der Nacht zum Sonnabend zündete der Arbeiter Wenzing Krause die an der Nebengasse gelegene Schlafbaracke des Mils für Obdachlose an. Der Brand wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und konnte gelöscht werden. (1) Der Täter wurde von der Polizei festgenommen und in das Polizeigefängnis gebracht. — Ein wirklich zuverlässiges Blatt!

Ein Auto vom Schnellzug überfahren

In den späten Nachmittagsstunden des Sonnabends ereignete sich bei der Groß-Möckerner Eisenbahnüberführung ein Unfall, indem der von Verlin über Girschberg kommende Schnellzug ein Auto überfuhr, das mitten auf den Eisenbahnschienen Panne erlitten hatte. Der Schnellzug überfuhr das Auto, das vollkommen zertrümmert wurde. Der Chauffeur und die Insassen des Autos hatten beim Herannahen des Zuges bereits die Unfallstelle verlassen, so daß Menschenverluste nicht zu verzeichnen sind.

Rundfunkausstellung im Gewerkschaftshause. Der Arbeiter-Radlobb und Ortsgruppe Breslau, veranstaltete zusammen mit dem Arbeiter-Eporentenbund dieses Jahr wiederum eine Rundfunkausstellung im Gewerkschaftshause. Das Hauptinteresse der zahlreichen Besucher der beiden Ausstellungstage richtete sich auf die selbstgebaute Apparate, von denen einige als Meisterwerke der Werkkunst anzusprechen sind. Gegenüber dem Vorjahre vermehrte man dieses Mal den öffentlichen Werbevortrag.

Ein „guter“ Rat. Ein Leser von der Weistritzstraße teilt uns mit, daß ihm, als er als Leihgeber beim Wohnungsamt nach einer Wohnung nachfragte, gesagt wurde, Wohnungen kämen nur für Verheiratete in Frage. Also heiratete er, um endlich zu einer eigenen Wohnung zu kommen. Als er sich nun mit der standesamtlichen Bescheinigung auf dem Wohnungsamt meldete, wurde er zwar in eine Liste eingetragen, eine Wohnung erhielt er natürlich nicht. Jetzt muß er wachsam warten, bis die 42.000 vor ihm eingetragenen Wohnungsuchenden eine Wohnung erhalten haben. Er fragt uns, was er nun machen soll. Wir wissen es leider auch nicht. Uns scheint es jedoch am zweckmäßigsten zu sein, wenn er in seinem Testament vermerkt, daß seinem Urknecht die von ihm beantragte Wohnung gegeben werde, denn so lange wird es wohl mindestens dauern, bis das Wohnungsamt für die Wohnungsuchenden Wohnungen geschaffen hat.

Eine geschäftstüchtige Hauswirtin. Uns wird geschrieben: Die neue Wirtin des Hauses Matthisstraße 153 erhob die Miete, verlangt die Zahlung eines besonderen Wassergebühres und will von den Mietern, die Logisleute haben, noch weitere 10 Prozent Miete mehr haben. Die Frau hat offenbar begriffen, wie man Geschäfte macht. Hoffentlich lassen sich das die Mieter nicht gefallen.

Beschäftigungsgesuche an den Magistrat. Das Presseamt schreibt: Die an den Magistrat gerichteten schriftlichen Gesuche um Beschäftigung im Bürodienst, die täglich in großer Zahl eingehen, geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Neueinstellungen für dauernde Beschäftigung nicht stattfinden. Danach ist es auch unmöglich, mündlichen Anträgen, die Einstellungsuchende selbst oder durch Mittelspersonen anbringen, zu entsprechen. Lediglich für vorübergehende, kurze Zeit dauernde Arbeiten kann von Zeit zu Zeit eine Anzahl von Ausschüßkräften in den Bürodienst eingestellt werden. Diese Arbeitskräfte werden aber vom Magistrat — Personalbezugsamt — nicht unmittelbar angenommen, sondern durch die lausmannsche Abteilung des Arbeitsamtes, Schuhbrücke 48, vermittelt. Dort müssen also zunächst alle erwerbslosen Angestellten, die bei der Stadt beschäftigt werden wollen, gemeldet sein. Alle beim Magistrat eingehenden Gesuche werden, da das Arbeitsamt die in Betracht kommenden Kräfte vorschlägt und vermittelt, dorthin abgegeben. Gesuchsteller, die sich in ungeklärter Stellung befinden, können grundsätzlich nicht eingestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hält am Donnerstag, dem 29. d. M., keine Sitzung ab.

Maulüberfall in Deutsch-Wissa. Auf der Leuchtenstraße wurde in den Morgenstunden des Sonnabends der Kaufmann Fritz Schlobder aus Klein-Heida von zwei unbekannten Männern überfallen. Es fielen mehrere Schüsse, die anheimelnd in die Luft abgegeben wurden. Die Täter entwendeten ihm eine Brieftasche, die 90 Mark Bargeld und eine Anzahl wichtiger Papiere enthielt.

Staatliche Familienversicherung. Man schreibt uns: Auf den Polken der Heilchristenversicherung lieft man oft den Ausdruck „Unter Reichsaufsicht“ oder „Mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung“. Dandelt es sich um die sogenannte beaufschlagte Abonnementversicherung, läßt sich dagegen nichts sagen; denn das Versicherungsunternehmen, das auf Grund eines Vertrages mit dem Staat die Unfall- bzw. Sterbegeldversicherung der Heilchristenversicherer übernommen hat, untersteht, wie die Volksschutzorgane, die

Wir melbten bereits, daß die kommunalistische Stadtverordnetenfraktion die in der letzten Erwerbslosenversammlung einmütig angenommenen Anträge für die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung eingereicht hat. Wir lassen nunmehr ihren Wortlaut folgen:

I. Die wirtschaftliche Lage der Breslauer Erwerbslosen verschlechtert sich von Tag zu Tag. Gleichbleibenden Unterhaltungslohn steht die fortschreitende Teuerung gegenüber. Die Erwerbslosigkeit an sich bedeutet aber schon eine schwere wirtschaftliche Schädigung. Um diese Schädigung nicht allzu groß werden zu lassen, ist von Zeit zu Zeit die Zahlung einer Wirtschaftsbefähigung erforderlich. Die Unterzeichneten beantragen: die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Auszahlung einer Wirtschaftsbefähigung an die Erwerbslosen und Notstandsarbeiter in folgender Höhe:
30 Mark an jeden Hauptunterstützten,
20 Mark für die Gattin,
10 Mark für jedes Kind.

Die Auszahlung soll noch vor den Feiertagen erfolgen.

„Sünden der Breslauer Wohnungsbau-politik“

Von Beitrag zum Preßeduell Hamburger-Krumm

Die Empörung der proletarischen Siedlungsbewohner über die hohen Mieten, und die Forderung der „Arbeiter-Zeitung“: „Mehr Wohnungsbau — herunter mit den Mieten in den Neubauten“ hat einige „große Geister“ aus ihrer Ruhe ausgeschreckt, die nun Betrachtungen über die allgemeine, und vor allem die Breslauer Wohnungsbaupolitik anstellen. Hierbei sind sich zwei Sozialdemokraten, ein Reichler und ein „Linker“, arg in die Haare geraten, deren Reizepte wir uns etwas näher ansehen wollen.

Als erster greift Regierungsrat Ernst Hamburger, MdV, zur Feder und zählt in 142 „Volkswacht“-zeilen „die Sünden der Breslauer Wohnungsbaupolitik“ auf. Er rechnet vor, daß Breslau: 1. im Bau von Wohnungen hinter allen Großstädten ganz am Schwanz marschiert; 2. den Kleinwohnungsbaubermachtigt, indem es dreimal soviel große als kleine Wohnungen herstellt. Eine Denkartung von oben liegt nicht vor, sagt Hamburger, denn in puncto Mittel steht sich Breslau besser als die meisten anderen Großstädte. Zusammenfassend kommt er zu dem Schluß: Eine schnelle Änderung wird durch die bisher geübte Methode hinterzogen, radikalste Arbeit ist geboten, die Sozialdemokratie hat die Pflicht, ihre vertakte Position im Magistrat und Stadtparlament im Sinne einer völligen Umgestaltung auszunutzen.

Zwei Tage später stand im Stadtparlament der kommunalistische Antrag auf Senkung der Mieten in den Siedlungsbauwohnungen zur Debatte. Bei dieser Gelegenheit antwortete der Magistrat durch seinen Sprecher, Stadtrat Fuchs, auch auf die Vorwürfe Hamburgers. Er behandelte den Regierungsrat wie einen Schulbuben, der erst einmal lernen soll eine Statistik zu lesen, bevor er statistische Betrachtungen in die Presse langere. „Als völlig unrichtig, von Sachkenntnis nicht getrübt“, tat er die Angriffe ab. Die sozialdemokratische Fraktion ließ diese Abmahnung ihres Genossen wie eine kalte Dusche über sich ergehen, keiner der 33 starken Männer stand zur Verteidigung auf. Der Chef der Fraktion, der „linke“ Hans Krumm, ließ aber gleich nach der Sitzung zum Stadtrat Fuchs, ließ sich dort den Sachverhalt erläutern und aufschreiben, und einige Tage später unterbreitete er der stauenden Mittwelt in einem Wandwurmf von einer ganzen „Volkswacht“-seite seine eingeholte Information, deren Kern lautet: Mein Genosse von der rechten Fakultät hat von Breslauer Dingen wenig Ahnung, da er in Leerdorf wohnt, er ist das Opfer einer ungenauen Statistik geworden, die er noch dazu schlecht zusammengestellt hat. Vor allem hat er eine viel zu kurze Zeitspanne zum Vergleich herangezogen und die Zweizimmerwohnungen als Dreibimmerwohnungen angesehen. Also ihm sind fundamentale Irrtümer unterlaufen, woraus er ganz falsche Schlüsse gezogen hat. Zu der Annahme Hamburgers, der Stadtverordnetenfraktion die Linke vorzuschreiben, sagt Krumm: Von Deuten, die vom Wohnungswesen keine Ahnung haben, lassen wir uns Vorurteilen zu machen, zumal bei uns in Breslau in puncto Wohnungsbaupolitik nicht genügend wird. Die Landtagsabgeordneten mögen sich lieber im Landtag mehr um die Notlage

Schlesiens bzw. Breslaus kümmern, damit die Hauszinssteuermittel reichlicher fließen; nur das kann uns helfen.

Auf diese garben Durechnungen (eine Entgegnung des Magistrats ist inzwischen auch noch erschienen) antwortete Hamburger fünf Tage später und sagt: 1. Mein linker Freund Krumm hat sich zwar von einem „fliegen Vertreter einer typisch-bürgerlich kapitalistischen Auffassung“ einladen lassen und ihm eine ganze „Volkswacht“-seite zur Verfügung gestellt, aber innerlich wird er sich schon noch mit mir einigen. 2. Keine der Entgegnungen ist geeignet, die Wohnungsbaupolitik der Stadt Breslau in günstigerem Lichte erscheinen zu lassen, alle meine Vorwürfe sind berechtigt, es bleibt dabei, die sozialdemokratische Fraktion hat die Methoden des Breslauer Wohnungsbaus umzugestalten.

Inzwischen ist der Parteivorstand mit einer Untersuchung dieses Streitfalls beauftragt, gleichfalls sind alle sozialdemokratischen Wohnungsbaupolitiker am Grabein, um in den Streit einzugreifen.

So weit das „Duell“ Hamburger-Krumm. Nun zur Sache selbst. Wir lassen alles Nebenstehende weg, erwähnen nur, daß heute, da die deutsche „Republik“ ihre 25-jähriges Jubiläum feiert, hat in Breslau immer noch 42.000 proletarische Familien auf Zuweisung einer Wohnung warten. Der neuerstehende Wohnraum bleibt den breiten proletarischen Schichten fast restlos verschlossen, er kommt nur den Bevölkerungsschichten, die ein gutes Einkommen und gute Verbindungen haben, zugute.

Hamburger sagt hierzu, baut kleinere Wohnungen, die kosten weniger und ihr stellt mehr her. Er versteht darunter Wohnungen von 45 bis 60 Quadratmeter Wohnfläche, die heute bei schon „versilligter“ Miete (siehe die Siedlungen) nicht unter 34 Mark im Monat zu haben sind. Krumm erklärt: gibt uns die Hauszinssteuerbeträge, die Breslau aufbringt, voll zurück, dann kann mehr und billiger gebaut werden.

Praktisch stehen Hamburger wie Krumm auf ein und demselben Boden, beide wollen den Wohnungsschwierigkeiten begegnen in dem Rahmen und mit den Mitteln, die ihnen die Herrscher der heutigen kapitalistischen Republik gnädigst als angemessen zur Verfügung stellen. In diesem Kreise bewegen sich beide, nur daß einer immer auf den andern zeigt. Krumm sagt: Ihr Landtagsabgeordneten müßt eben mehr Mittel für uns herausholen; Hamburger antwortet: Ihr habt Mittel genug, ihr müßt diese nur rationaler verwenden. Beide wissen, daß es die breite, werttätige Masse des Volkes ist, aus deren Knochen all die Summen gesaugt und eingetrichtert werden, die von den Herrschern der Republik in ihrem Klasseninteresse verwandt werden. Meer, Flotte, Polizei, Panzerkreuzer sind ihrem Interesse dienlicher als Wohnungsbau für die minderbemittelte Bevölkerung. Die Sozialdemokraten, linke wie rechte, sind aktive Teilhaber an dieser Politik. Was sie verordnen, was und bleibt nur ein Pflaster, das nicht einmal Schmerzen lindert, viel weniger erst den Patienten heilt!

Der Bund proletarischer Frauen (RFB), Abteilung Schöning und Odertor, veranstaltet am

Heute Montag, 19.30 Uhr

im kleinen Saal des „Bergellers“, Kleischlaustraße, einen heiteren Abend.

„Allerlei politischer Humor“

soll den Anwesenden zu Gehör gebracht werden. Insbesondere werden wir die Gehörgänge aus unserer „Großen Pressemedien“ zu hören.

Alle Arbeiterfrauen und -mädchen sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei!

Beherbergungsgesellschaft der deutschen Arbeiterschaft, der Reichsaussicht. Wie aber das Reichsaussichtsammt über die Abonnementversicherung denkt, ist aus seinem Rundschreiben vom 24. August 1928 klar ersichtlich. Es sagte darin recht deutlich: „Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Abonnementversicherung nicht als vollwertiger Ersatz für eine gewöhnlich unabhängiger vom Leistungszug zu erhaltende Versicherung gelten kann.“ Wenn nun aber trotzdem Verlage und Zeitungsvertriebe in Flugblättern, Rundschreiben, Zirkularen oder sonstigen Drucksachen ihre Abonnementversicherung als eine „staatliche Familienversicherung“ bezeichnen, so müssen wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren. Die Tatsache, daß der Versicherungsbetrieb des bedenklichen Unternehmens der Aufsicht des Reichsaussichtsamtes unterstellt ist, wird strupplos in eine „staatliche Familienversicherung“ umgefälscht, um die Abonnementen zu täuschen und sie desto leichter zu beschaffen oder neue zu gewinnen.

Briefkasten

Breslau. Birgillus. Wir sind mit Gedichten derart reichlich bedacht, daß nur das Beste Verwendung finden kann und Ihre Einsendungen deswegen nicht veröffentlicht werden konnten. — Breslau. Waldemar K... L. Daxelbe. — Gebt bitte beide Adressen an, falls Rücksendung der Manuskripte gewünscht wird.

Versammlungskalender

- Roter Frontkämpfer-Bund**
Breslau
— Mt. 1. Montag 20 Uhr bei Wolff, Königgräber Straße, Kameradschaftsabend.
— Mt. 3. Montag 19.30 Uhr Kameradschaftsabend „Stadt Familien“, Matthisstraße 21. Fortführung des Winterkulturbundes. Jeder Kamerad muß zur Stelle sein.
— Mt. 4. Heute 19.30 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend „Gandrimstraße“, Lange Gasse 52.
— Mt. 5. Montag 20 Uhr im „Luzern“, Neue Antonienstraße, Mittalber-Versammlung.
— Mt. 6. Montag 20 Uhr Mitglieder-Versammlung der gesamten Abteilung im „Fischerei“, Güntelstraße 104. Funktionäre eine Stunde früher.
Dienstag 19.30 Uhr Theaterprobe im „Wintergarten“.
- Roter Frauen- und Mädchenbund**
Breslau
— Mt. 1. Dienstag Kameradschaftsabend bei Wind, Marlamenstr. 3.
— Mt. 2. Montag 19 Uhr Antretter-Probefahrt, Eder-Fein- und m. Bundesleitung ansetzen.
- Sonstige Organisationen**
Breslau
— Rotte Hilfe. Di. Dienstag 20 Uhr müssen alle Funktionäre im „Walden“-Kloster erscheinen. Vorbereitung zur Filmvorführung.
— Rotte Hilfe. Di. Dienstag 19.30 Uhr Mittelber-Versammlung bei Sante, Friedrichstraße 41. Traute Hoels Str. 11.
— Rotte Hilfe. Zentrum. Alle Mitglieder der RFB nehmen an der Versammlung des Stadtrats am Dienstag teil.
Streifen. Rotte Hilfe. Dienstag 19.30 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wende, „Stadt Breslau“.

(Schluß des reaktionellen Teils.)

Ein beachtenswerter Erfolg. Das Lokalwert, München, erhielt kürzlich das 5000. ärztliche Logal-Attest. Es ist dies ein außerordentlich bemerkenswertes Resultat, zumal sich unter den wissenschaftlichen Urteilen solche von zahlreichen ersten Professoren und Krankenanstalten befinden. Unter diesen Umständen braucht wohl niemand zu zögern, dem Logal Vertrauen zu schenken, das bei Rheuma, Gicht, Grippe, Nerven- und Kopfschmerzen, Gelenkskrankheiten in hervorragender Weise bewährt.

Oberschlesien

Keine Arbeiterwohnungen, dafür Paläste

Gemeindevertreterföhrung Mieschowitz — Gemeindebürger — Kommunisten fordern Kommunalfriedhof

Die für den Donnerstag, am 18. Uhr festgesetzte Gemeindevertreterföhrung verlief ziemlich störrisch. Auf der Tagesordnung standen über 20 Punkte, die von den Gemeindevertretern durchgesehen werden mußten. Zunächst wurde die Sitzung — erstmalig in dem neuen Palast, durch welchen die Gemeinde in große Schulden geraten ist — eröffnet. Der Gemeindevorsteher Lazarek ließ sofort etwa fünfzig Gratiasgärtchen und zehn Schachlotteriegarten ausfahren, damit sich die Gemeindevertreter im neuen Sitzungssaal, wo von jetzt an, nach seiner Meinung, ein neuer Geist zum Wohle der Allgemeinheit (denk: Diebstahl) verdrängen soll, daran gütlich tun. Gemeindevorsteher Volksschullehrer Buntke mußte natürlich, wie nicht anders zu erwarten war, seinen Senf dazu geben. Er dankte in unverständlichem Gequassel und dachte sich höchstwahrscheinlich in die Volksschule zurückverlegt, wo er der „Kinovorführer“ ist, und die Kinder durch Lichtbildervorträge „bildet“. Der Genosse Kaczmarek kritisiert in scharfster Weise das Bauprojekt. Der Gemeinde sei mit dem neu erbauten Palast, dessen Zinsen alle Jahr etwa 120 000 Mark betragen, nicht viel gebient; es wäre vernünftiger gewesen, wenn für dieses Millionenobjekt Arbeiterwohnungen gebaut wären, um die große Wohnungsnot in unserer Gemeinde zu lindern. Aber es muß doch ohne weiteres jedem Arbeiter und kleinen Gewerbetreibenden einleuchten, daß die Paläste unbedingt nötig waren, denn unser Gemeindevorsteher, welchen die Spieler „Oberbürgermeister“ titulieren, muß auch eine Prachtvilla mit 18 Zimmern, Wintergarten usw. haben. Es hat ihn wohl ein bißchen in der Nase gekitzelt, nachdem Genosse Weinert den Gegenantrag stellte, für diese Prachtvilla die Miete nach dem Quadratmeter zu bezahlen. „Er“, der Gemeindevorsteher, hat doch Mieschowitz aus dem „Dreß“ gezogen, so äußerte sich unter „Oberbürgermeister“ vor kurzer Zeit. Er wird wohl an einem regnerischen Tage nach Mieschowitz gekommen sein, wenn er behauptet, Mieschowitz aus dem Schmutz herausgeholt zu haben, und bei Regenwetter ist heute noch genügend „Dreß“ in unserer Gemeinde. Recht komisch wirkt es, wenn ein Sozialdemokrat für einen konfessionellen Friedhof stimmt. Andererseits braucht man sich nicht darüber zu wundern, denn wenn die großen SPDler für einen Panzerkreuzer stimmen, muß auch der kleine Espebjist für den katholischen Friedhof stimmen.

Der Antrag des Genossen Kaczmarek: Schaffung eines Kommunalfriedhofes, ist nicht angenommen worden. Die Sache wird sich wohl bei den nächsten Wahlen ändern, denn die wertvollen Steuerzahler waren diesmal sehr stark im Zuschauerraum vertreten und gaben durch Zurufe kund, daß sie mit den gefassten Beschlüssen nicht einverstanden sind. Gemeindevorsteher Dr. Lazarek drohte sogar mit der Räumung der Tribüne.

Der Kirchenvorstand ist ganz nobel geworden und verlangt von der politischen Gemeinde, daß diese ihm einen neuen Zaun hinstellt. Er bittet sich — höchst reich — aus, daß die Zaunlatten sechs Zentimeter stark sein müssen. Nächstens werden wir es vielleicht erleben, daß der Pfarrer Lech sich von der Gemeindevertretung ein paar Kiloschuh einfordert. Die Kirchenheute, welche jetzt mitten in der Motierstraße steht, soll abgerissen werden, und bei dieser Gelegenheit wird dem Kirchenkapitalismus unentgeltlich das Organistenhaus konfiskiert. Da die Kreuzkirche keinen geschulten Kassendamen hat, wird die Gemeinde ihr freundschaftlich die Kirchenheute einleihen und zu Füßen legen. Gemeindevorsteher Buntke stellte den ersten verbindlichen Antrag, wenn der Herr Pfarrer Rollen gelber sammeln geht, so solle er auch die Steuern hierbei einlegen.

Genosse Kaczmarek schloß dem Gemeindevorsteher im Laufe der Sitzung ein bißchen auf den Zahn. Er stellte eine kleine Anfrage, mit welchem Recht der Gemeindevorsteher mit einigen Gemeindevorstretern zum Landgemeindevorstand nach Berlin fährt, ohne vorher die Gemeindevertreter darüber zu befragen? Eine klare Antwort gab Dr. Lazarek hierauf nicht.

Ein Gemeindevorsteher sprach während der ganzen Sitzung nicht ein einziges Wort. Man hatte den Eindruck, daß von dem unausgesprochenen Hinstarren des „Stimmen“ die Beschlüsse der großen Fenster zerfließen müßten. Nach Schluß der Sitzung sah ich durch die ein wenig gedönnerte Tür des neuen Sitzungssaales und mußte feststellen, daß diese Gemeindevorsteher mit beiden Händen in die Zigarettenschuhe griffen und sich die Manteltaschen vollstauten. Der „Stimme“ hat sich an dieser Räuberlei auch stark beteiligt und denkt vielleicht — ach, wenn es doch zu den nächsten Sitzungen frische Weilmürste geben würde.

Kommunisten für die Hilfsbedürftigen

Oppeller Kreisstagung

Am Donnerstag, dem 22. November, fand in Oppeln eine Kreisstagung statt. Zu Punkt 1: Vorlage der vom Kreisrat beschlossenen Revision der Rechnung der Kreis-Kommunalverwaltung, der Kreis-Schausubventionen usw. für das Rechnungsjahr 1927 zur Entlastung stimmte das kommunistische Kreisstadtmittglied Wielechulla dagegen, weil dem Kreisrat nicht die Möglichkeit gegeben wurde, die Rechnungen zu prüfen. Dem nächsten Punkte: Bewilligung von Mitteln für den Ausbau der Dorfstraßen, wird zugestimmt. Ferner wurde die Genehmigung zum Beitritt des Kreises zu dem Beamten-Fachschulverein erteilt. Der Schaffung von drei Beamtenstellen in der Kreisparlase wird beigegeben. Genosse Wielechulla verlangt, daß die jetzigen Inhaber dieser Stellen ins Beamtenverhältnis aufrücken. Soweit man hört, sollen Leute von auswärts in Frage kommen. Der Antrag auf Erhebung eines Kreiszuschlages zu der am 1. Januar 1929 erstmalig fälligen Steuer vom gebundenen Grundbesitz und dem in Eigentum von Personenvereinigungen stehenden Grundstücken gemäß §§ 10 und 28 des Grundbesitzsteuergesetzes wurde ebenfalls angenommen. Der Punkt Neubegrenzung von Amtsbezirken brachte eine lebhafteste Diskussion. Dieser Punkt wurde mit den Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der polnischen Volkspartei abgelehnt.

Polnische Volkspartei stimmte ebenfalls mit den übrigen bürgerlichen Parteien gegen die Vertreter der Arbeiterschaft. Bei der Wahl eines Schiedsmannes für den Bezirk Friedrichsgrätz forderte Richter von der SPD die Beibehaltung des alten Schiedsmannes. Jedoch lehnten die bürgerlichen Parteien den Vorschlag ab und wählten eine Person aus ihren Reihen. Die Kommunisten und Sozialdemokraten brachten einen Antrag ein, der verlangt, daß den Erwerbslosen, Kleinrentnern, Invaliden usw. eine Winterbeihilfe aus den Mitteln des Kreises bewilligt wird. Der polnische Vertreter, der Gastwirt Dako, fand den Antrag, die Erwerbslosen zu beschimpfen. Unsere Genossen blieben ihm die Antwort nicht schuldig. Nach langer Debatte fand der Antrag Annahme.

Dritte Rate von 800 000 Mark für das Regierungsgebäude

Keine Mittel für Arbeiterwohnungen.

Im Voranschlag des Etats des preussischen Finanzministeriums für 1929 ist unter dem Abschnitt „Hochbau“ als dritter Teilbetrag für die Ausführung von Ergänzungsbauten an dem Regierungshauptgebäude von Oppeln die Summe von 800 000 Mark vorgesehen.

Die preussische Regierung, unter Führung der Sozialdemokraten, läßt bauen Regierungsgebäude, Volkshäuser, Schulhäuser und erklärt ganz frech, keine Mittel für den Wohnungsbau flüssig machen zu können. Ueber das Wohnungselend geben Staat und Kommunen nur Denkschriften heraus. In die Beseitigung, geschweige Milderung, denkt man nicht.

Gibt es, Proleten, noch ein besseres Beispiel des „sozialen“ Inhalts der Republik?

Gastwirtsangekündigte Kämpfe für Cure alten Lohnforderungen!

Die Verhandlungen zwischen dem Bund und Zentralverband der Gastwirtsangekündigten und den Gastwirtsvereinen Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg hatten das Ergebnis, daß der Manteltarif und die Manteltarifanlage endgültig von den Tarifparteien angenommen wurden. Ueber den Lohnstarif konnte eine Einigung nicht erzielt werden, da die Vorschläge der Arbeitgeber hinsichtlich einer fünfprozentigen Erhöhung der Mindest- und Garantelöhne keine Annahme fanden.

Nachdem die Vorschläge der Arbeitgeber auf eine fünfprozentige Lohnerhöhung von den Arbeitnehmern abgelehnt wurden, soll der staatliche Schlichter angerufen werden. Die Praxis dieser Stellen ist bekannt. Sie haben bis jetzt und auch in der Zukunft ein williges Ohr für die Arbeitgeber gehabt. Darum sollen nicht die Angekündigten abwarten gegenüber dem zu fällenden Schiedspruch eine Stellung einnehmen, sondern den Kampf um ihre alten Lohnforderungen organisieren und durchführen. Nur so wird es ihnen gelingen, die Forderungen durchzusetzen.

2000 Arbeitslose mehr
In der Provinz Oberschlesien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden in der Woche vom 8. bis 14. November von 18 272 auf 20 292, die der Hauptunterstützungsempfänger von 9325 auf 10 273, und zwar in der Arbeitslosenversicherung von 8227 auf 9148, in der Freierunterstützung von 1099 auf 1125.

Gleiwitz

Esperanto-Kursus
Die Arbeiter-Esperantisten in Gleiwitz führen im laufenden Vierteljahr einen Selbstunterrichtskursus durch. — Die Bildungsabende finden jeden Mittwoch von 19.30 bis 22 Uhr in der Schule II, Kallbadstraße, Zimmer 6, statt. Näheres dort zu erfragen.

Hindenburg

Erstreichendes Austreten der Roten Trommler
Die Theatertruppe „Die Trommler“ gab unter der Leitung des Genossen A. u. f. v. Breslau ein Gastspiel zugunsten der Kinderheime der ZAG. „Die Trommler“ haben in Oberschlesien mit ihrem einmaligen Gastspiel bewiesen, daß auch sie die KZ. und die Gesamtbewegung fördern und stützen. Schon zu Beginn der Vorstellungen war die Bevölkerung voller Begeisterung über das Werk: Wir trommeln das Lied von der Revolution! Im folgenden Spiel kam zum Ausdruck eine kleine Erinnerung über die berühmte Reinhardt-Garde, die sich

besonders im Jahre 1923 in Oberschlesien bekannt gemacht hat. Unter der Parole „Wir sind die Sozialdemokraten“ kamen besonders zum Aufmarsch Reichsbanner, Gewerkschaften und SPD-Bürokraten, die das Volk für ewig verraten. In einer weiteren Szene kam ganz besonders der Arbeitersport und die Rote Armee in Erscheinung, denn sie sind die Waffen im Klassenkampf. Den Schlußpunkt der politischen Revue bildete das lebende Bild: „Die Befreiung des Proletariats.“ Die anwesenden Mitglieder aller drei Ortsgruppen der KZ. sind nach Hause gegangen mit dem Willen und dem Solidaritätsgefühl, das Vollwerk zu fertigen und mit voller Latkraft sich am Klassenkampf zu beteiligen. „Die Trommler“ und die Besucher schlossen den Abend mit dem Gesang der „Internationale“.

Keuzzeitliche Verkehrsregelung. Mit der Andringung der Verkehrszampel an der Kochmannstraße ist bereits begonnen worden. Aller Voraussicht nach wird die Ampel Ende nächster Woche in Betrieb genommen werden. — Die in letzter Zeit aufgetauchten Meinungen, daß an anderen Stellen in Hindenburg Verkehrszampeln angebracht werden, entsprechen nicht den Tatsachen.

Beuthen

Öffentlicher Freidenker-Vortrag
Mittwoch, den 28. November, 19.30 Uhr, öffentlicher Vortrag des Genossen Krenn-Wien über das Thema: „Kann uns das Christentum erlösen?“ Arbeiter, Angekündigte, Sympathisierende, erscheint in Massen. Lehrer, Theologen und Missionare werden höflich eingeladen. Freie und ungehinderte Aussprache wird jedem Gegner zugesichert.

Cosel

Der gewalttätige Wachtmeister
Wir erhalten folgende Zuschrift verspätet zugesandt:
Am Mittwoch, dem 14. November, fuhr der Rad zwei Arbeiter aus Cosel von Wlechhammer, aus der Arbeit kommend, nach Cosel. Als sie gerade am Rathaus in Sandgrün vorbeikamen, drüllte in der Nähe einer wie ein Bild. Der eine Fahrer fuhr vom Rade und sah, wie sein Kollege von einem Manne vom Rade heruntergerissen wurde. In einem Feldweibelton brüllte der Betreffende, „Barum haben Sie kein Licht?“ und verlangte, daß sie sich ausweisen sollten. Die Arbeiter gaben ihm zur Antwort, er solle sich mal vorerst ausweisen, damit sie wissen, mit wem sie es zu tun haben. Der Betreffende forderte die beiden Arbeiter auf, nach dem Rathaus zu kommen, bei Belagerung müsse er von der Waffe Gebrauch machen, und hielt schon die Pistole den beiden vor die Gesichter. Die Arbeiter forderten diesen Waffenhelb nochmals auf, sich auszuweisen. Dabei stellte es sich heraus, daß er keinen Ausweis hat. Inzwischen erschä-

mt, daß es der Wachtmeister Bujarek aus Sandgrün war. Dem einen Arbeiter, der kein Licht hatte und sich nicht ausweisen konnte, beschlagnahmte Bujarek das Rad. Zu sagen ist, daß das Rad nicht sein eigenes war.

Das Auftreten des Wachtmeisters in Brill ist, wenn sich der Vorfall so abgespielt hat, wie er berichtet wird, einladend ein Skandal. Soweit doch besteht, hatte der eine Fahrer Licht. Der andere fuhr ohne Licht hinterher. Wenn dies nicht zufällig sein sollte, so besteht kein Grund für den Wachtmeister, die Arbeiter beranzu zu behaubeln. Wie wir hören, soll Bujarek ein Beamter der Republik sein, der Bujarek einen hinter die Binde gleicht. Weiß man, ob bei diesem Vorfall Bujarek nichtern war? Wir fragen die vorgelegte Behörde, was sie in diesem Falle zu tun gedenkt? Solche gewalttätige Beamte dürfen keinen Tag länger im Dienst verweilen.

Groß-Strehlitz

Im Ortsrat des ADGB. Able Kommunistenhege

Am Mittwoch, dem 21. November, tagte das Ortsrat des ADGB. von Groß-Strehlitz. Ueber dem Punkt Eingänge und Abgänge wurde der Bericht vom Gewerkschaftskongress des ADGB in Hamburg gegeben. Nach der Eröffnung teilte der Vorsitzende mit, daß der Verband der Bodenmüllerei- und Getreidearbeiter dem Ratrat sich angeschlossen habe. Ferner wurde ein Bildungsprogramm aufgestellt. Es sollen insgesamt 14 Vorträge in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April abgehalten werden. Die Vorträge sollen sich fast ausschließlich mit prinzipiellen Gewerkschaftsfragen befassen. Nun sollte der Bericht des Kollegen Kaczmarek vom Gewerkschaftskongress in Hamburg; er lieg es sich dabei nicht nehmen, die übliche Kommunistenhege zu entfalten. „Diese „Leuchte“ will damit den Jungen den Nachweis liefern, daß er als Kommunistenstreifer für einen gutbezahlten Posten reif sei. Er enthielt sich darüber, daß die kommunistische Presse die Teilnahme von Vertretern der Regierung auf dem Kongress scharfsten kritisierte. Ferner präs er die Erwerbslosen des Schlichtungswesens und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes als Erfolg der SPD. Nur die Kommunisten und einige verirrte und verhegte Arbeiter wollen das nicht einsehen. Der Ruhkampf geht, daß das, was die Opposition sagt, von hunderttausenden Arbeitern begriffen wird.“

In der Diskussion war die Jugendfrage sehr umstritten. Verschiedene gemachte Vorschläge wurden angenommen. Unter anderem die Errichtung einer Bibliothek. Ein oppositioneller Kollege wandte sich gegen die Able Dekrete des SPD-Mannes Kaczmarek und begründete den berechtigten Kampf der Arbeiter gegen das Schlichtungswesen und das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Folgende Entschliessung fand Annahme:

„Die heutige starkbesetzte Ortsauschussversammlung der freien Gewerkschaften erhebt scharfsten Protest dagegen, daß die verlängerte Wartezeit der Saisonarbeiter hier noch nicht aufgehoben ist, und zwar trotz der Verfügung des Präsidenten der Reichsanstalt vom 9. November 1928 an alle Landesarbeitsämter. Gleichfalls fordern wir die Einbeziehung des Baugewerbes in die Krisenunterstützung, dies schon wegen der bevorstehenden Kündigung der beruflichen Arbeitslosigkeit.“

Große Entrüstung rief die Tatsache hervor, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften im Arbeitsamt dem Herrn von Hlodon als Vorsitzenden die Stimme gaben. Von seiten der Reformisten wurde dies damit entschuldigt, daß es nur so möglich war, den SPD-Mann Stante als zweiten Vorsitzenden in den Gattel zu heben. Das Präsidium wint, da ist diesen Galanten jedes Kompromiß recht.

Danksagung!
Anlässlich der aufrichtigen Trauerteilnahme beim letzten Geleite meines lieben Gatten des Roten Frontkämpfers, Genossen und Mitkämpfers der Kommunistischen Partei
Josef Leonhardt
spreche ich allen Teilnehmern, Bekannten und Freunden, meinen herzlichsten Dank aus.
Adele Leonhardt
als Gattin und Genossin.

Nachruf!
Am 23. November 1928 verschied nach schwerem Leiden unsere liebe Genossin
Anna Baum
geb. Dressler
im Alter von 35 Jahren. Wir verlieren in ihr eine treue, rote Helferin, und wir werden ihr ein bleibendes Andenken bewahren.
Rote Mille (Ortsgruppe Krausendorf)
bei Landeshut.

Schauspielhaus Stadt-Theater Breslau
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr
Der große Operetten-Erfolg
Die Herzogin von Chicago
Musik von Emmerich Kalman

Nähmaschinen
Fahrräder
Ersatzteile
Reparaturen
Rob. Hoffmann
Liegnitz
Kaiserstrasse 4

(Opernhaus)
Montag, 20 Uhr
Der Freischütz
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 7
Gastspiel Maria Fujica (Stadttheater Hamburg)
Die kgl. Hofoper
Mittwoch, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 7
Die Sandersonne
Donnerstag, 18.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 7
Die Waise
Freitag, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 7
Margarete (Faust)
Sonntag, 20 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
Sonntag, 20 Uhr
Die kgl. Hofoper

Strumpf-Special-Haus
Carl Baumgarten
Breslau
Klosterstraße 85
Günstiger Einkauf für
Strümpfe, Wäsche, Garne, Güter

Schweidnitz

Schwert-Drogerie Drogen - Farben - Toilette - Artikel Spezialität: Haardaleam 88418

Modenhaus Landsberger Billige Damen- und Kinderkonfektion 88419

Kauft Schuhe bei Groß Schweißgeschäft 88420

M. Thorn Herren- und Knaben-Bekleidung 88421

Herrn-Füller :: Bögenstraße 3 Drogen- und Farbenhandlung 88423

Carl Brauner, Langstraße 45 Nähmaschinen - Fahrräder 88428

Klara Eifon, Langstraße 23 Lebensmittel, Vorkosthandlung 88427

Kugula Gornig, Mönchstraße 12 Lebensmittel / Vorkosthandlung 88428

Herl Burker, Mönchstraße 8 Brot, Weiß- und Feinbäckerei 88426

F. Sölter & Starke Begründet 1787 88434

Sewald's Molkerei 88408

Wäsche-Haus Max Lebrecht 88429

H. T. Thumann, Grabenstraße 1 88424

Vita Weiss, Dampfbackerei 88422

Alfred Fuchner, Köppenstraße 5 88421

Herren-Bekleidung am preiswertesten bei August Hilbert, Ring 88419

Schülerbrot das erste Vollkorn-Feinbrot 88411

Billigste Bezugsquelle für gute Brennweine, Äpfel, Weine 88401

Note - Mützen empfiehlt zu bekannt niedrigen Preisen 88400

Referenziert Nr. 100 88417

Ausschank in Gläsern Vollmilch 10 Pfg. Buttermilch 5 Pfg.

Damen- und Herrenhüte ab Herbst 88529

Alfred Rieger, Hohlstraße 5 Uhren u. Goldwaren 88528

Wäsche-Wagen Max Kuerbach, Peterstr. 88521

M. Sewig, Buttermarkt Herrenartikel- und Wäschegeschäft 88520

A. Sembrigli, Markt 31 Eisenwaren 88518

Brot, Weiß- u. Feinbäckerei 88524

Stadt Breslau - Großer Wallsteil 88528

Schuhwerk-Fabrik, Langstraße 6 88416

Ernst Fuchs Langstraße 88407

Hermann Opitz, Schweidnitz 88412

Geb Brüder Domscheidt 88527

E. H. Schubert :: Markt 5 88517

Schauburg - Lichtspiele 88526

Note - Mützen - Pelzwaren 88429

HANS HERZOG 84634

Referenziert 84681

Altwasser 84681

Fahrräder 84636

Referenziert 84681

Molkerei „Gottesberg“ 84448

Karl Martin, Fürstensteiner Str. 33 84433

Weißstein 84643

H. Hof, Hauptstraße 170 84649

Karl Köhler, Hauptstraße 170 84648

Graf Rante, Salzbrunner Straße 48 84632

Willy Schme, Hauptstraße 8 84635

Elza Haupt, Hauptstraße 160 84639

Kaufhaus Graeber 84640

Drogerie Paul Heilig 84641

Paul Rother, Hauptstraße 150 84642

Kaufhaus R. Hanko 84644

R. Kranze - Jnh. R. Krug 84645

Karl Bismert, Hauptstraße 123 84636

Wilhelm Schweitzer u. Sohn 84638

„Deutsches Haus“ / Def. G. Berger 84637

Bergland-Drogerie 84453

Kind- und Schweinefleischerei 88414

Fahner u. Walfher, Langstraße 26 88413

Ernestine Eißler - Bahnhofstraße 21 88402

Konditorei und Café 88535

Stiefeler Nachfgr., Hohlstraße 1 88531

Hans Schlag, Hohlstraße 67 88530

G. Scharf, Berglandhaus 88524

Hamburger Fischhändler, Peterstr. 16/18 88522

E. Gellert, Markt 27 88510

M. Klose & Co., Bögenstraße 11 88451

Waldenburg 84681

Paul Meier, Nr. 2 84429

Friedr. Stelzer, Hauptstr. 32 84432

Hermann Schubert 88545

Ober-Hermisdorf 84455

Gustav Stelzer, Ober-Hermisdorf 36 84454

Kurt Scharf, Hauptstraße 8 84456

Riebeth / Bäckerei 84428

Bäckerei Carl Schroll 84427

Lebensmittel - Arbeiterbäckerei 84425

Nieder-Hermisdorf 88543

Paul Scholz / Fahrräder 88544

H. H. Opitz / Gottesberger Straße 8 88546

Hermisdorfer Kaffee- und Friseurhandlung 88547

HERMANN BRETSCHNEIDER 88549

Hermisdorfer Tanzkleid 88547

Schmitz, Weiß- und Wollwaren 88542

Ober-Salzbrunn 88549

Referenziert 84682

Waldenburg

Möbelhaus Hermann Feder 88551

Baldenburger Schuhwarenhaus 88555

Leberhandlung Fritz Thomas 88576

Kaufhaus B. Mahner 88577

Mühlmehlerei Carl Hermann 88442

Rich. Gärtner / Gärtnerel, Blumen- 88443

TEPPICHE - LINOLEUM 88541

G. Wieland, Ring 5, Eingang Bäderstr. 88444

Café und Konditorei am Sonnenplatz 88578

Fahrradhandlung 88553

A. Birke :: Kolonialwaren 88569

Schokoladenhaus 88562

O. Korn :: Friedländer Str. 7 88549

Milka 88540

Das Haus der Geldente 88546

Kaufhaus Max Holzer 88550

R. KARSUNKY & CO. MÖBEL 88550

Kauft bei Jacobsohn 88554

Konfektionshaus Max Silbermann 88558

Waldenburg-Neustadt 88579

Karl Wagner, Schuhwarenhaus 88579

Hedwig Westphal, Siethenplatz 2 88573

Restaurant „Hermannsruh“ 88572

Max Klose - Molkereigeschäft 88571

Drogerie am Hermann-Platz 88570

Ober-Waldenburg 88445

Sandberg-Waldenburg 88575

Gute Schuhwaren kaufen Sie bei Paul Ralte, Sandberg 88566

Sandberg-Drogerie 88574

Gottesberg 84447

Paul Feßl, Bahnhofsstraße 12 84449

G. Kiepel, Bahnhofsstraße 6 84450

Möbel billig und preiswert 84453

J. Conrad - Jnh. F. Schöpe 84434

Molkerei „Gottesberg“ 84448

Karl Martin, Fürstensteiner Str. 33 84433

Weißstein 84643

H. Hof, Hauptstraße 170 84649

Karl Köhler, Hauptstraße 170 84648

Graf Rante, Salzbrunner Straße 48 84632

Willy Schme, Hauptstraße 8 84635

Elza Haupt, Hauptstraße 160 84639

Kaufhaus Graeber 84640

Drogerie Paul Heilig 84641

Paul Rother, Hauptstraße 150 84642

Kaufhaus R. Hanko 84644

R. Kranze - Jnh. R. Krug 84645

Karl Bismert, Hauptstraße 123 84636

Wilhelm Schweitzer u. Sohn 84638

„Deutsches Haus“ / Def. G. Berger 84637

Bergland-Drogerie 84453

HANS HERZOG 84634

Referenziert 84681

Altwasser 84681

Fahrräder 84636

Referenziert 84681

Molkerei „Gottesberg“ 84448

Karl Martin, Fürstensteiner Str. 33 84433

Weißstein 84643

H. Hof, Hauptstraße 170 84649

Karl Köhler, Hauptstraße 170 84648

Graf Rante, Salzbrunner Straße 48 84632

Willy Schme, Hauptstraße 8 84635

Elza Haupt, Hauptstraße 160 84639

Kaufhaus Graeber 84640

Drogerie Paul Heilig 84641

Paul Rother, Hauptstraße 150 84642

Kaufhaus R. Hanko 84644

R. Kranze - Jnh. R. Krug 84645

Referenziert 84682

Fellhammer-Nord 84481

Willy Sinto, Nr. 3 84490

Paul Meier, Nr. 2 84429

Fellhammer-Süd 84432

Hermann Schubert 88545

Ober-Hermisdorf 84455

Gustav Stelzer, Ober-Hermisdorf 36 84454

Kurt Scharf, Hauptstraße 8 84456

Riebeth / Bäckerei 84428

Bäckerei Carl Schroll 84427

Lebensmittel - Arbeiterbäckerei 84425

Nieder-Hermisdorf 88543

Paul Scholz / Fahrräder 88544

H. H. Opitz / Gottesberger Straße 8 88546

Hermisdorfer Kaffee- und Friseurhandlung 88547

HERMANN BRETSCHNEIDER 88549

Hermisdorfer Tanzkleid 88547

Schmitz, Weiß- und Wollwaren 88542

Ober-Salzbrunn 88549